

80 7010

Freie und Hansestadt Hamburg
Arbeits- und Sozialbehörde
Amt für Wiedergutmachung

26878

BERUFSSCHADENSRENTE

Wiedergutmachungsakte

— Renten — *17/20.5.87*

Wülkan, Adrienne

(Familien- und Vorname)

nach Wülkan, Georg 190403 17.3.46

Anschrift: Blatt _____

Vollmacht: Blatt _____

Hinweise auf Akten	auch von Familienangehörigen
Wg. Akte	<i>bestät</i>
BR-Akte	
2.R-Akte	<i>bestät</i>
Akten von Familienangehörigen	

Sachgebiet: *19* *6632*

64124

0104 03

Wi

Amtliche Bescheinigung

Es wird bescheinigt, daß die nachstehend genannte Person

William geb. Weiss, Maria Adrienne
(Familienname, bei Frauen auch Geburtsname, Vorname)

7.4.1903

(Geburtsdatum)

Bilthoven / Holland, Gublerplein 55
(Wohnort und Straße)

Österr. Reisepass Nr. A 797769
(Identität nachgewiesen durch)

am Leben ist.

WIEN, den 4. März 1966
(Ort und Datum)

Botschaft

der

(Dienstsiegel)

Bundesrepublik Deutschland

Referat f. Rechts- u. Konsularwesen

Bezeichnung der bescheinigenden Stelle

WIEN

Unterschrift und Amtsbezeichnung
der bescheinigenden Person

Konsulatssekretär J. Kl.

Ermächtigt gemäß § 37
des Konsulargesetzes

Raum für Legalisation:

Erläuterungen

Vorstehende amtliche Bescheinigung wird erteilt

Im Inland: vom Bezirks- oder Ortsamt, von einer anderen öffentlichen Behörde oder von einem Beamten, der zur Führung eines öffentlichen Siegels berechtigt ist (Gemeindedirektor, Bürgermeister, Polizeibeamter, Geistlicher,) bei Anstaltsinsassen auch von der Anstaltsleitung.

Im Ausland: von der zuständigen deutschen Auslandsvertretung. Falls sich am Wohnort des Berechtigten keine deutsche Vertretung befindet, kann die Bescheinigung durch eine geeignete ausländische Behörde, notfalls auch durch den Vorstand eines deutschen Vereins oder einen deutschen Geistlichen ausgestellt werden.

In diesem Falle muß die Bescheinigung von der zuständigen deutschen Auslandsvertretung beglaubigt (legalisiert) werden.

In den USA kann die amtliche Bescheinigung auch von einem Notary Public ausgestellt werden. Derartige Bescheinigungen bedürfen jedoch ebenfalls der Legalisation durch die zuständige deutsche Auslandsvertretung.

In Israel: von den Meldebehörden, dem Rabbinat oder einem Notar.

WG 6 - 010403

Name: *Nulkan, Adriane*

Gesetzliche Rentenerhöhung
1965/66

Anlage zum Bescheid
vom:

Rentenbemessungselemente

Rente für Schaden
an/in

Einstufung

Lebensalter

Kapitalentschädigung

Teilungszahl

Berechnung der Rente
in DM monatlich

Diensteinkommen

Vollrente §§ 15/41
Witwe-Waise-Eltern

Berufsschadenrente

Berufsschadenrente
Witwe (60%) - Waise (30%)

Rente bei
Hundertsatz +)

Erhöhungsbetrag gem.
§ 33 (4) 3. DV-BEG-SG

Höchst-/Mindestrente

Kürzungsbetrag
(siehe Rückseite)

errechneter
Rentenbetrag

auf 25% gekürzt
gem. § 141 d-k

aufgerundet volle DM

bish. Rentenbetrag

Differenzbetrag

vom *1.9.65* bis *31.12.65*
1.1.66 *30.9.66*

Rentennachzahlung
Rentenüberschuldung +)

Festgestellt:

Unterschrift / Datum

Beruf
h. h. h. h.
42

ab *1.9.65* ab *1.1.66* ab *1.10.66*

573.- *595.-* *619.-*

343.80 *357.-* *371.40*

344.- *357.-* *372.-*

331.- *331.-* *331.-*

13.- *26.-* *41.-*

4 Mon.

9 Mon.

52.- *234.-*

52.- *234.-*

Dienst
am *1.5.49* - Gesundh. Beh.
1.10.53 - Berufssch.
1.1.54
- 19 04 03 -

anderweitige
Entschädigungsrenten
(von der Neuberechnung ausgenommen)

laufende Rente insges.
ab
mtl.

1.10.66 *372.-*

Rentennachzahlung
Rentenüberschuldung

Übertrag insgesamt
286.- DM

Nachgerechnet:
Pohl VA Vb BAT

Unterschrift / Datum

+) höchstens 50 DM für je 10 v.H. gem. § 15 (5) 1. DV-BEG
++) zuviel gezahlte Beträge sind mit einem Minuszeichen (-) versehen

bitte wenden !

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

ARBEITS- UND SOZIALBEHÖRDE

AMT FÜR WIEDERGUTMACHTUNG

G.-Z.

(Bei Beantwortung bitte angeben)

II

Amt für Wiedergutmachtung, 2 Hamburg 36, Drehbahn 54

Frau
Adriane Walke
Salzbrunn 55

Bilthoven / Niederlande

Hamburg, den

18.7.1966
Dienstszitz (Nur für Renten- u. Heilver-
fahrensangelegenheiten)

2 Hamburg 11, Steckelhorn 12 (Goten Hof)

Fernsprecher: 36 11 21 / App. 395

Sprechzeit: montags von 8.00 bis
15.00 Uhr

vertreten durch:

RA
Dr. jur. Hermann Appel
2 Hamburg 11
Büroarchiv 22

Betrifft: Gesetzliche Rentenerhöhung

Sehr geehrte Frau Walke!

Die Ihnen gewährte Entschädigungsrente ist durch die Sechste Verordnung zur Änderung der Ersten Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes und Siebente Verordnung zur Änderung der Zweiten und Dritten Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes erhöht worden.

Ihre Rente beträgt daher

ab 1. 9. 1965 344.- DM mtl.

ab 1. 1. 1966 357.- DM mtl.

ab 1. 10. 1966 372.- DM mtl.

Die Nachzahlung für die Zeit bis zum 30. September 1966 beträgt

insgesamt 286.- DM

und wird auf dem gleichen Wege wie die Zahlung der laufenden Rente überwiesen. Eine Überweisung auf das Konto des Bevollmächtigten ist aus verwaltungstechnischen Gründen nicht möglich.

Falls mehrere Entschädigungsrenten gezahlt werden, beziehen sich die vorgenannten Beträge auf sämtliche Renten.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

WG 6 - 01 04 03

Name

Wulkan, Adrienne

Gesundheitsschaden

Schaden an Leben

Berufsschaden

Witwe - Waise - Eltern

Leitverfügung

- ✓ 1. Mitteilung - Bescheid mit Zustellungsnachweis absenden an ~~SB~~ - Bevollmächtigten (Bl. 5)

1a Zwischenbescheid (Vordruck SB X 143) absenden ✓

2. Rechnungsstelle

- a) Prüfen, ob die unter c) angegebene Anzahl der Entschädigungsrenten mit der Kontokarte übereinstimmt.

(Wenn keine Übereinstimmung Rückgabe an S 19 bzw. S 20)

- b) Nachzahlung in Höhe von 286,- DM
für die Zeit vom 1.9.65 - 30.9.66
anweisen. -Zahlung wie lfd. Rente-

- c) Laufende Rentenzahlung ändern: +)

	ab: <u>1.10.66</u> DM	ab: DM
SHR Hinterbliebene		
SHR Gesundheitssch.		
Sonderzulage		
BEG Schaden an Leben		
BEG Gesundheitssch.		
BEG Berufsschaden <i>vi.</i>	<u>372.-</u>	✓
BEG Härtefondsrente		
BEG Versicherungssch.		
./.. AOK		
zu zahlen:	<u>372.-</u>	✓

Erledigungsvermerke
der Rechnungsstelle:

zu a) ja - nein

zu b)

Bezahlt
Rentenliste 196

zu c)

M. M. P.

23. MAI 1966

+) Die Beträge in Klammern sind Renten, die durch diese Leitverfügung nicht geändert werden

3. WG 6- Regl 19/20

Wiedervorlage

50/014

bleibt

29. IV. 66

Datum

S 19/20

SL 19/20

HAMBURG 102
Washington, June 3, 1987
4816 Dexter Terr.
N.W.

Akte 12237 010403
WULKAN ADRIENNE

20007



An
das Amt für Wiedergutmachung
Arbeits- und Sozialbehörde
Freie und Hansestadt, Hamburg

Ich muss Ihnen leider
mitteilen dass meine Mutter, Frau
Adrienne Wulkan, am 20 Mai 1987
verstorben ist.

Da ich sofort nach der
Beerdigung nach Hause fahren musste,
kann ich Ihnen noch keine Sterbens-
urkunde meiner Mutter zusenden.
Falls Sie diese benötigen, werde ich
Sie Ihnen zukommen lassen sobald
ich wieder nach Holland zurückkehre,
um den 22ten Juni.

Correspondence können Sie noch
senden an die alte Adresse:
Galileiplein 55, Bilthoven, Holland.
Höchten Sie mir bitte auch
mitteilen ob irgendwelche spezielle
Auszahlungen im Todesfall, z.B. \rightarrow
Befräftigungskosten etc. meiner Mutter
zustehen?

Mit freundlichen Dank
Therica Schott -
Wulkan

Land

Salzburg

Behörde


Marktgemeinde St. Johann im Pongau, Standesamt

Nummer der Eintragung

63/1987

STERBEURKUNDE



Familienname	W u l k a n - x -
Vornamen	Maria Adrienne - x -
Geschlecht	weiblich - x -
Letzter Wohnort	Bilthoven, Niederlande - x -
Religionszugehörigkeit	- x -
Tag und Ort der Geburt	02. April 1903 Wien - x -
Eintragung der Geburt	- x -
Zeitpunkt und Ort des Todes	20. mai 1987, 07 Uhr 25 - - - - - St. Johann im Pongau, Spitalgasse 7 - x -
<p>21. Mai 1987 (Tag der Ausstellung)</p> <p style="text-align: right;">  Stofferin (Standesbeamter) </p>	

11

Verw.-Abg. S. 20 - Geb.
Geb.-Verz. Nr. 282/87

Voor fotocopye conform.

De Bilt, 25/06/1987.

De ambtenaar van de burgerlijke
stand van De Bilt.



80 7010

Freie und Hansestadt Hamburg
Sozialbehörde
Amt für Wiedergutmachung

Wiedergutmachungsakte

Wulkan, Adrienne

Für (Familien- und Rufname)

KLAGESACHE

nach

vertreten durch: Herr Heinz Möller, Hbg. 36, Jungfernstieg

ABGESCHLOSSEN

Hinweise auf Akten

Fürsorgeakte

Rückerstattungs-Akten

Strafakten

Rentenakte R 010403/18

Eg 70403, Frau Wulkan

Referat:

13

~~13~~

010403

2 3 4 5 7 8

2

Vor Ausfüllung Anleitung lesen!

In Maschinen- oder Blockschrift ausfüllen!

Nichtzutreffendes streichen!

mt. 012434

1 E

010403

kein Antrag

Antrag

auf Grund des Bundesgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung
(Bundesentschädigungsgesetz — BEG) vom 29. Juni 1956 (BGBl. I S. 559)

Nur von der Entschädigungsbehörde auszufüllen:

(Eingangsstempel)

mit Anlagen

Nr.

B 28024 Notenz: 010403

Empfangsbestätigung erteilt am

5. März 1958

A

I. Berechtigte(r)

1. Name: Wulkan

Vornamen: Maria Adrienne Alice Alfreda geb. Weiss

Geburtsort (Kreis, Land):

Jetziger Wohnort / Sitz (Kreis, Land):

Wien, Österreich, 1. IV. 1903

Bilthoven/Holland

Spoorlaan 36

(Straße und Haus-Nr.)

Familienstand: ~~xxxx~~ verw. ~~xxxx~~

Anzahl der Kinder: 1

Alter der Kinder: Tochter Monika geb. 20. IX. 1935

Staatsangehörigkeit: frühere: Österreich u. Deutsche während Hitlerzeit jetzige: Österreich

2. Beruf:

Erlerner Beruf: Hausfrau

Jetzige berufliche Tätigkeit: Hausfrau keine

3. Sind Sie selbst verfolgt worden?

ja ~~xxxx~~

und

Wenn ja: Aus Gründen der politischen Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse ~~xxxx~~ des Glaubens ~~xxxx~~ der Weltanschauung?

4. Leiten Sie Ihre Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen ab?

ja ~~xxxx~~ in gesondertem Antrag

Ihr Familien- oder Rechtsverhältnis zum Verfolgten:

Mein Ehemann Georg Wulkan, gestorben 11. III. 1946

II. Verfolgte(r)

(Nur ausfüllen, wenn Berechtigte(r) [s. Abschnitt A I, 1] Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen [s. Abschnitt A I, 4] ableitet)

1. Name:

Vornamen:

Geburtsort (Kreis, Land):

Letzter Wohnort / Sitz (Kreis, Land):

gestorben am:

(Straße und Haus-Nr.)

in (Kreis, Land):

Staatsangehörigkeit: frühere:

letzte:

2. Beruf:

Erlerner Beruf:

Letzte berufliche Tätigkeit:

3. Verfolgt aus Gründen der Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung?

III. Weitere Angaben über die Person des(r) Berechtigten und des(r) Verfolgten:

	Berechtigte(r)	Verfolgte(r) (Nur auszufüllen, wenn auch Abschnitt A II ausgefüllt ist)
1. Im Falle einer Mitgliedschaft bei der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen:		
a) Mitgliedschaft bei der NSDAP:	von ---- bis ----	von ---- bis ----
b) Mitgliedschaft bei Gliederungen der NSDAP: bei welchen?	----- ----- -----	----- ----- -----
2. a) Rechtskräftige Verurteilung nach dem 8. Mai 1945 zu Zuchthausstrafe von mehr als drei Jahren:	von ---- bis ---- XXXXXX	von ---- bis ---- ja / nein
b) Rechtskräftige Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte nach dem 8. Mai 1945:	XXXXXX	ja / nein
3. a) Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) am 31. Dezember 1952:	Bilthoven/Holland Spoorlaan 36	
b) Letzter Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis Land), wenn vor dem 31. Dezember 1952 verstor- ben, ausgewandert, deportiert oder ausgewiesen:	-----	
c) Bei Heimkehrern: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) im Geltungsbereich des BEG nach der Heimkehr:	-----	
d) Bei Vertriebenen: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) im Geltungsbereich des BEG nach der Heimkehr:	-----	
e) Bei Sowjetzonenflüchtlingen: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) im Geltungsbereich des BEG nach der Flucht:	-----	
f) Bei Aufenthalt in einem DP-Lager am 1. Januar 1947: In welchem Lager (Kreis, Land)?	-----	
Wohin nach dem 31. Dezember 1946 ausgewandert?	-----	
Deutsche Staatsangehörigkeit erworben am:	März 1938 durch Anschluss von Öster- reich	
4. Nur ausfüllen von Angehörigen der besonderen Gruppen von Verfolgten und deren Hinterbliebenen.		
a) Bei Verfolgten aus den Vertreibungsgebieten: Zeitpunkt der Auswanderung aus dem Vertrei- bungsgebiet: Von wo? Wohin?	-----	
b) Bei Staatenlosen oder Flüchtlingen im Sinne der Genfer Konvention: Betreuung durch welchen Staat oder / und welche zwischenstaatliche Organisationen?	-----	
c) Geschädigt aus Gründen der Nationalität?	XXXXXX	

- 5. März 1958

XX nein
ja / ~~XXX~~
ja / ~~XXX~~
ja / ~~XXX~~
ja / ~~XXX~~
XX nein
ja / ~~XXX~~
ja / ~~XXX~~
XX nein

IV. Entschädigungsansprüche werden angemeldet für: (Nichtzutreffendes ist zu streichen)

1. Schaden an Leben
(wenn der Verfolgte durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen getötet oder an den Folgen solcher Maßnahmen verstorben ist)
2. Schaden an Körper und Gesundheit
3. Schaden an Freiheit
durch Freiheitsentziehung oder Freiheitsbeschränkung
4. Schaden an Eigentum (§§ 51-55, 146)
5. Schaden an Vermögen (§§ 56-58, 146)
6. Schaden durch Zahlung von Sonderabgaben, Geldstrafen, Bußen und Kosten (§§ 59-63, 153)
7. Schaden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen (§§ 64-137)
 - a) im beruflichen Fortkommen (§§ 65-125)
 - b) im wirtschaftlichen Fortkommen (§§ 127-137)
8. Rückwanderer (Soforthilfe, §§ 141)

V. Erklärung über anderweitig gestellte Wiedergutmachungsanträge und über die im Hinblick auf die Verfolgung durch den Nationalsozialismus erhaltenen Leistungen. (Reicht der Platz nicht aus, sind entsprechende Ausführungen auf besonderer Anlage zu machen.)

1. Wurden für die unter Abschnitt A I und II bezeichneten Personen wegen der angegebenen Verfolgungsgründe bereits Entschädigungs- oder Schadensersatzansprüche geltend gemacht? X / nein

Bei welchen Stellen im In- und Ausland (Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen)?	Wann?	Aktenzeichen

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? X / nein
Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen?

Von welchen Stellen im In- oder Ausland haben die unter Abschnitt A I und II bezeichneten Personen Geld- oder Sachleistungen erhalten (z. B. Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen)?

Art der Leistungen:	Von welchen Stellen?	Wann?	RM	DM

2. Wurden für die unter Abschnitt A I und II bezeichneten Personen Rückerstattungsansprüche geltend gemacht? ja / ~~XXX~~

Wegen welcher Vermögensgegenstände?	Bei welchen Stellen?	Aktenzeichen
verauktionierter Hausrat	Wiedergutmachungsamt LG. Hbg.	VI/Z 696, Beschluss 12.V.1952

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? ja / ~~XXX~~
Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen? Ja, siehe obiges Aktenzeichen.

Welche Wiedergutmachungsleistungen (Rechte, Sachwerte, Geld) haben die unter Abschnitt A I und II bezeichneten Personen im Rückerstattungsverfahren erhalten?

Art der Leistungen:	Von welchen Stellen?
Geldzahlung von insgesamt DM 17.500.-- als Darlehen	Oberfinanzdirektion Hamburg Az.: O 1488-W 11-BV 33/339

Sind Ansprüche nach Art. 44 Abs. 3 US-REG bzw. Art. 36 Abs. 3 Br-REG bzw. Art. 37 Abs. 3 Berl.-REG oder in einem Rückerstattungsverfahren nach der VO Nr. 120 der französischen Mil.-Reg. an Rückerstattungspflichtige abgetreten worden? X / nein

B

Dem Antrag sollen beigelegt werden:

1. Eine Schilderung des Verfolgungsvorganges unter Angabe der Tatsachen, die zur Verfolgung geführt haben
2. Eine Erläuterung der Schadensfälle und der Höhe der erlittenen Schäden sowie Angaben über die Art der beanspruchten Entschädigungsleistungen
3. Beweismittel (Originale, beglaubigte Abschriften oder beglaubigte Fotokopien)

Zum Beispiel: Aufenthaltsbescheinigungen, Geburts-, Sterbe- und Heiratsurkunden sowie Erbnachweise (wenn der Berechtigte nicht der Verfolgte ist), Nachweis der Eigenschaft als Heimkehrer, Vertriebener, Sowjetzonenflüchtling, heimatloser Ausländer oder politischer Flüchtling, Nachweis der Aufhebung oder Änderung einer strafgerichtlichen Verurteilung sowie sonstige dem Beweis der Ansprüche dienenden Unterlagen.

Folgende Beweismittel

wurde bereits an

(Behörde)

oder

(Gericht)

(Aktenzeichen)

zu

-Verfahren eingereicht.

C

Ich versichere, daß die vorstehenden und in den beigelegten Anlagen enthaltenen Angaben richtig sind. Mir ist bekannt, daß nach § 7 des Gesetzes der Anspruch auf Entschädigung ganz oder teilweise versagt werden kann, wenn der Berechtigte sich, um Entschädigung zu erlangen, vor oder nach Inkrafttreten des Gesetzes unlauterer Mittel bedient oder wissentlich oder grobfahrlässig unrichtige oder irreführende Angaben über Grund oder Höhe des Schadens gemacht, veranlaßt oder zugelassen hat.

Nachträgliche Veränderungen, die sich auf diesen Antrag beziehen, werde ich der Entschädigungsbehörde bzw. dem Entschädigungsgericht unverzüglich anzeigen.

Bilthoven

(Ort)

den 20.2.1958

(Datum)

Ich erteile Herrn Rechtsanwalt
Heinz Möller, Hamburg, Jungfernstieg 34, Vollmacht zur Vertretung meiner Interessen.

Adrienne Wullen-Weig
(Unterschrift)

Dem Antrag sind 1 Anlagen beigelegt, und zwar:

1. kurze Sachdarstellung.

6.

2.

7.

3.

8.

4.

9.

5.

10.

In Maschinen- oder Blockschrift ausfüllen!

Nicht Zutreffendes bitte streichen!

Schaden an Eigentum (§§ 51—55, 146 BEG)

Schaden an Vermögen (§§ 56—58, 146 BEG)

Schaden durch Zahlung von Sonderabgaben, Geldstrafen,
Bußen und Kosten (§§ 59—63, 153 BEG)

Vorbemerkung:

Zur Ergänzung Ihres Antrags wollen Sie bitte diesen Fragebogen genau und vollständig ausgefüllt alsbald der
Entschädigungsbehörde zurücksenden.

A.

Angaben über den Verfolgten, der den Schaden erlitten hat.

Familienname: Wulkan Vorname: Adrienne

geb. am: 1.4.1903 in Wien Mädchenname: Weiss

Der Verfolgte war im Zeitpunkt des Eintritts des Schadens verheiratet mit:

Familienname: Wulkan Vorname: Georg

geb. am: 19.4.1903 in Marosvásárhely

Der Verfolgte hatte im Zeitpunkt des Eintritts dieser Schäden Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt

in: Deutschland u. Holland Kreis: Hamburg Straße: Auguststr. 15

Land: Damals zuständiges Finanzamt:

Wann erfolgte die Ausweisung — Auswanderung — Deportation?

1936

I. Schaden an Eigentum

Schaden an Eigentum ist entstanden:

1. durch Zerstörung, Verunstaltung oder Plünderung.

Eine Einzelaufstellung*) der zerstörten, verunstalteten oder geplünderten Sachen fügen Sie bitte nach folgendem Muster unter Angabe von Beweismitteln (z. B. Zeugen, Kaufurkunde usw.) diesem Fragebogen als Anlage bei.

*) Diese Aufstellung erübrigt sich, soweit Pauschalabgeltung nach Ziff. 2 verlangt wird.

Muster

Muster			
Sache	Aus welchem Material	Gekauft im Jahre	Kaufpreis
1.		19..... neu/alt	
2.		19..... neu/alt	
3.		19..... neu/alt	
4.		19..... neu/alt	
5.		19..... neu/alt	

Kurze Schilderung des Verfolgungsvorganges:

2. Durch Zerstörung, Verunstaltung, Plünderung oder Imstichlassen des Hausrats des Verfolgten und seiner Ehefrau.

Wird wegen dieses Hausratsschadens Pauschalabgeltung (§ 54 BEG) verlangt? ~~Nein~~ Ja.

(Die Pauschalabgeltung beträgt für einzelstehende Verfolgte und Ehegatten gemeinsam das Eineinhalbfache des im Jahre 1932 erzielten Reineinkommens, umgestellt 1 : 1 in DM, höchstens jedoch 5000 DM. Für den Fall, daß die Pauschalentschädigung beiden Ehegatten zusteht, ist die Zustimmungserklärung des anderen Ehegatten beizufügen.)

Roheinkommen im Jahre 1932: RM 1.450

Kurze Schilderung der Entstehung des Schadens (wann, wo und in welcher Weise?) und Angabe der Beweismittel, insbesondere über das Reineinkommen im Jahre 1932:

Siehe Angaben über Rückerstattungsvorgänge betr. Frau Adrienne Vulkan.

II. Schaden an Vermögen

Vorbemerkung

Hier sind nur Angaben zu machen über Vermögensschäden, die nicht Schäden an Eigentum (Ziff. I) und Schäden durch Zahlung von Sonderabgaben, Geldstrafen, Bußen und Kosten (Ziff. III) sind.

1. Kosten der Auswanderung oder der Ausweisung:

RM

der Rückwanderung:

(Betrag bitte in der bezahlten Währung angeben)

ausgewandert, ~~angewiesen~~ am Frühjahr 1936 1936

rückgewandert am ----- von wo? ----- wohin? -----

Beweismittel:

2. Transferverluste:

Zum Transfer aufgewendete Mittel:

RM

hierfür Gegenwert in ausländischer Währung erhalten:

Beweismittel:

Wenn der Transfer mit Vermögensgegenständen, deren Rückerstattung beantragt wurde, oder aus dem Erlös solcher Gegenstände entrichtet wurde, geben Sie bitte nachstehend an, bei welcher Stelle und unter welchen Aktenzeichen Rückerstattungsverfahren anhängig sind oder waren und wie sie beendet wurden.

Stelle	Aktenzeichen	noch anhängig	erledigt, z. B. durch Zurücknahme, Überleitung an Vergleich, Entscheidung
		ja / nein	
		ja / nein	
		ja / nein	
		ja / nein	

Vergleiche oder endgültige Entscheidungen belegen Sie bitte mit Urkunden oder Abschriften davon.

3. Sonstige Schäden an Vermögen (z. B. durch Boykott oder durch Entgang von Nutzungen an Eigentum und Vermögen). Wird eine Entschädigung für solche Schäden beansprucht, bezeichnen Sie bitte die Eigentums- und Vermögenswerte, an denen die Schäden entstanden sind, schildern Sie bitte kurz die Vorgänge, die zur Schädigung geführt haben, und beziffern Sie die Schäden.

Es wird Schadensersatz für die Unmöglichkeit, den Beruf des beratenden Chemikers und Konstrukteurs auszuüben, für die Zeit von 36 bis 46 begehrt. Während dieser ganzen Zeit befand sich Herr Georg Wulkan auf der Flucht, wurde verfolgt und seit 1940 in Haft gehalten.

Falls ein Urteil beigebracht werden kann, kurze Angabe über den Grund des eingeleiteten Verfahrens:

1.
2.
3.

B.

Falls Erben diesen Schaden geltend machen:

Der Verfolgte ist am 11. III. 1946 verstorben
zum ---- für tot erklärt worden
seit ---- vermißt

Erben sind:

Familiennamen	Vorname	Geboren am
Wulkan	Adrienne	1. 4. 1903
Wulkan	Monika	20. 9. 1935

Erbnachweis (Erschein, sonstige Urkunden) bitte beifügen.

C.

Bemerkungen:

Ich versichere die Richtigkeit vorstehender Angaben. Die Folgen unrichtiger oder irreführender Angaben (§ 7 BEG) sind mir bekannt.
Ich erteile Herrn Rechtsanwalt Heinz Möller, Hamburg, Jungfernstieg 34, Vollmacht zur Vertretung meiner Interessen.

Bilthoven, den 20. 5. 1958

Adrienne Wulkan
(Eigenhändige Unterschrift) Weis

Az./Reg.-Nr. _____

In Maschinen- oder Blockschrift ausfüllen!

Nicht Zutreffendes streichen!

Schaden im beruflichen Fortkommen (§§ 65 — 125 BEG)

Vorbemerkung:

Sie beschleunigen die Bearbeitung Ihres Antrages, wenn Sie diesen Fragebogen genau und vollständig ausgefüllt alsbald der Entschädigungsbehörde zurücksenden.

I. Angaben über den Verfolgten, der den Schaden erlitten hat.

Familiennamen: WulkanVorname: Adriennegeb. am: 1.4.1903in: WienMädchenname: Weiss

Der Verfolgte war im Zeitpunkt des Eintritts des Schadens verheiratet mit:

Familiennamen: WulkanVorname: Georggeb. am: 19. IV. 1903in: Marosvarsahely

Der Verfolgte hatte im Zeitpunkt des Eintritts dieses Schadens Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt

in: Hamburg

Kreis: _____

Straße: Auguststr. 15

II. Art des Schadens

Entschädigung wird beantragt für Schaden:

1. In selbständiger Erwerbstätigkeit (§§ 66 — 86 BEG) einschließlich land- und forstwirtschaftlicher und gewerblicher Tätigkeit als

Hausfrau

(Art der Tätigkeit bei Beginn der Schädigung)

durch Beschränkung in der Ausübung der Erwerbstätigkeit

von 1936

bis

1945

durch Verdrängung aus der Erwerbstätigkeit

von ----bis ----

2. in unselbständigen Berufen (§§ 87 — 111 BEG)

a) im privaten Dienst als ---

(Art der Tätigkeit oder Berufsbezeichnung)

bei ----

(Name und Anschrift des Arbeitgebers)

durch folgende Maßnahmen:

(Kurze Schilderung der Maßnahmen oder Umstände, die zu diesem Schaden geführt haben, mit Zeitangaben)

b) im öffentlichen Dienst als

(Dienstbezeichnung bzw.)

(Dienstgrad)

(Besoldungsgruppe)

bei

(Dienststelle)

Schädigung durch

am:

Beendigung der Schädigung:

Ist oder war ein Verfahren nach dem Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes — BWGöD — vom 11. 5. 1951 beantragt?

Ja / Nein Az./Reg.-Nr.:

Behörde:

c) im Dienst bei Religionsgemeinschaften (§ 112 BEG):

Name der Religionsgemeinschaft:

Dienststellung:

Schädigung durch:

am:

Beendigung der Schädigung:

Zu 1. und 2.

a) Für welche Zeit wird Entschädigung gefordert? Von 1936 bis 1946

b) Einkünfte (nicht Umsätze) des Verfolgten aus selbständiger Erwerbstätigkeit einschließlich land- und forstwirtschaftlicher oder gewerblicher Tätigkeit sowie aus unselbständiger Tätigkeit in den letzten 3 Jahren vor der Verfolgung

19

RM

Auskunft des Finanz-
amts Hamburg über Ge-
org Wulkan.

19

RM

19

RM

c) Wie haben sich Ihre wirtschaftlichen Verhältnisse in den folgenden Jahren bis 1948 gestaltet?

(Längere Ausführungen bitte auf einer Beilage zu machen, Einkünfte bitte nach Jahren aufgliedern).

d) Geben Sie bitte die unter b) genannten Einkünfte seit 1. 7. 1948 an:

ab 1. 7. 1948

1951

1954

1957

1949

1952

1955

1950

1953

1956

- e) Nur auszufüllen bei Schaden in unselbständigem Beruf:
Werden oder wurden Entschädigungen, Zuwendungen, Unterhaltsbeiträge oder ähnliche Leistungen von einem früheren Arbeitgeber oder dessen Rechtsnachfolger gewährt?
Ja/Nein (Bitte Belege beifügen)
- f) Welche Erwerbstätigkeit üben Sie z. Zt. aus?
- g) Sind Sie erwerbsunfähig und seit wann?
- Für den Verfolgten zuständiges Finanzamt:

Entschädigung wird beantragt für Schaden:

3. durch Verhinderung der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit trotz abgeschlossener Berufsausbildung.
- a) Welche Ausbildung hat der Verfolgte abgeschlossen? Universitätsstudium der Chemie
- b) Wann wurde die Ausbildung beendet? vor 1935 1928
- c) Welche Erwerbstätigkeit hat der Verfolgte angestrebt und wodurch wurde er ausgeschlossen?
Der Ehemann Georg Wulkan war beratender Chemiker und Konstrukteur.
(Siehe Generalerklärung von Frau Adrienne Wulkan). Nach der Flucht
im Ausland festen
hat er niemals wieder/Fuss fassen können.

4. durch Ausschluß von der Ausbildung oder durch Unterbrechung der Ausbildung.

Art der Ausbildung:

Ausschluß durch: _____ am: _____

Unterbrechung durch: _____ von _____ bis _____

Wurde oder wird die Ausbildung nachgeholt? Ja/Nein

Wo?

Welche Leistungen hat der Verfolgte bereits nach anderen Gesetzen für seine Ausbildung aus deutschen öffentlichen Mitteln (z. B. Lastenausgleich) erhalten?

III. Falls Erben Ansprüche geltend machen:

Der Verfolgte ist am 11. III. 1946

verstorben

zum

für tot erklärt worden

seit

vermißt.

Erben sind:

Familienname	Vorname	Familienverhältnis zum Verfolgten (Kinder, Witwe usw.)
Wulkan	Adrienne	Witwe
Wulkan	Monika	Tochter

Erbnachweis (Erbschein, sonstige Urkunden) bitte vorlegen!

IV. Bemerkungen:

Ich möchte dazu bemerken, dass ich keine Arbeit annehmen konnte:

Wir lebten während der Kriegsjahre in solch panischer Angst, dass meine Tochter weggeführt würde und sie klanmerte sich verzweifelt an mich, so dass ich sie nicht einen Moment allein lassen konnte. Leider hat sich dieses Angstgefühl bei ihr so eingeprägt, dass sie noch Jahre später mich nicht wegliess, die schrecklichsten Weinkrämpfe bekam und um ihre und meine Nerven zu schonen, blieb ich immer zu Hause. Selbst nun noch leidet sie daran und ich merke noch viel von dem Schaden der Kindheitserinnerungen, sowie ich an mir fühle, wie meine Nerven geschockt sind, so dass ich noch heute mühsam ein Gespräch mit anderen führen kann.

Ich bin damit einverstanden, daß die Entschädigungsbehörde Auskünfte bei Steuerbehörden einholt.

Ich versichere die Richtigkeit vorstehender Angaben. Die Folgen unrichtiger oder irreführender Angaben sind mir bekannt (§ 7 BEG).

Ich erteile Herrn Rechtsanwalt Heinz Möller, Hamburg, Jungfernstieg 34, Vollmacht zur Vertretung meiner Interessen.

Bilthoven, den 20. II 1958

Adrienne Wulken-Weiß
(Eigenhändige Unterschrift)

In Maschinen- oder Blockschrift ausfüllen!

Nicht Zutreffendes bitte streichen!

Schaden an Freiheit (§ 43–§ 50 BEG)

Vorbemerkung:

Zur Ergänzung Ihres Antrags wollen Sie bitte diesen Fragebogen genau und vollständig ausgefüllt
alsbald der Entschädigungsbehörde zurücksenden.

I. Personalangaben über den Verfolgten, dem die Freiheit entzogen oder der in seiner Freiheit beschränkt war.

Familiennamen: Wulkan

Vorname: Adrienne

geb. am: 1.IV.1903

in: Wien

Марикъ ханъ Марикъ, verwitwet, geschieden:

Familienname zur Zeit der Inhaftierung:

Welchen Namen (auch Decknamen) führte der Verfolgte seit Beginn der Verfolgung?

Jetziger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt: Holland

Name des Vaters: Dr. Alfred Weiss (Arzt)

Name der Mutter: Anna Weiss geb. Burgstaller

Name und Vorname des Ehegatten: Georg

bei Frauen Mädchenname: Weiss

Eheschließung am: 29.XII. Hamburg

II. Bitte geben Sie die Freiheitsschäden in zeitlicher Reihenfolge an:

(Der Schaden an Freiheit kann durch Freiheitsentziehung oder Freiheitsbeschränkung entstanden sein. In der Spalte „Art der Freiheitsentziehung oder der Freiheitsbeschränkung“ machen Sie bitte folgende Angaben: Polizei- oder Untersuchungshaft, Gefängnis, Zuchthaus, Konzentrationslager, Zwangsarbeitslager, Zwangsaufenthalt im Chetto, Leben oder Zwangsarbeit unter haftähnlichen Bedingungen, Zugehörigkeit zu einer Straf- oder Bewährungseinheit der Wehrmacht (Truppenbezeichnung bitte angeben), Tragen des Judensterns, Leben unter menschenunwürdigen Bedingungen in der Illegalität.)

von	bis	in (genaue Ortsangabe)	Art der Freiheitsentziehung oder der Freiheitsbeschränkung
kurze	Zeit	Heelsum Hyazinthenlaan	Durch Gesetz gezwungen
ab	1941	später Doorwerth Dunolaan 54	zum Tragen des Judensternes. Leben unter menschenwürdigen Bedingungen.

Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt bei Beginn der Freiheitsentziehung oder der Freiheitsbeschränkung:

Doorwerth Dunolaan 54

Land: Holland

Kreis: Oosterbeek

III. Wenn Haftentschädigung für Leben unter haftähnlichen Bedingungen, für Zwangsarbeit unter haftähnlichen Bedingungen oder für Leben in der Illegalität unter menschenunwürdigen Bedingungen beantragt wird, Schilderung der Lebensverhältnisse:

(Falls der Platz nicht ausreicht, bitte Anlage beifügen.)

Siehe Generalerklärung von Frau Agrienne Wulkan.

IV. 1. Vorhandene Beweisunterlagen, die der Behörde noch nicht vorliegen, fügen Sie bitte diesem Fragebogen bei.

Anschriften von Zeugen, die Ihre Angaben bestätigen können (Haben diese Zeugen Entschädigungsansprüche angemeldet und bei welcher Behörde?): **nein**

Name und Vorname des Zeugen	Anschrift	Entschädigungsansprüche angemeldet bei
Polizei Oosterbeek	Politie Oosterbeek, Vreemdelingendienst	
Fam. Hanning	Heveadorp Dunolaan 7, Gemeente Oosterbeek	

(Siehe Anlage)

Zu Seite 2 unter IV. 1.

Frau Gertrud Lenig

Fam. van Vessem

Lt. Colonel

Overste L.A.M. Koppert

Mutter Oberin

Leideke Galema

Apeldoorn, Anna Pauwlowndalaan 24

Den Dolder, Pleineslaan 101

Bilthoven, Obrechtlaan 5

Bilthoven, Het Zonnehuis Bilthoven
Sweelinckstraat

Ja/Nein. Wurde das Urteil aufgehoben oder geändert? Ja/Nein. Wenn ja, von welcher Stelle?

(Urkunden bitte beilegen!)

VI. Falls Erb diesen Anspruch geltend machen: wie in Formular II.

Der Verfolgte ist am 11.III.1946 verstorben

zum ----- für tot erklärt worden

seit ----- vermisst.

Erb sind:

Familiennamen	Vorname	Familienverhältnis zum Verfolgten (Kinder, Witwe usw.)
Wulkan	Adrienne	Witwe
Wulkan	Monika	Kind

Falls noch bekannt, Häftlingsnummern des Antragstellers:

Haftstelle	Nr.
Tochter	Spoorlaan 36
Monika	Biltnoven

2. Namen der Personen, die mit dem Verfolgten zu Beginn der Freiheitsentziehung oder der Freiheitsbeschränkung im gemeinsamen Haushalt gelebt haben. Haben diese Personen Entschädigungsansprüche angemeldet und bei welcher Behörde?

Name und Vorname	Anschrift	Entschädigungsansprüche angemeldet bei
Tochter	Spoorlaan 36	
Monika	Biltnoven	hierbei

V. Erfolgte die Freiheitsentziehung des Antragstellers auf Grund einer strafgerichtlichen Verurteilung?
☒/Nein. Wurde das Urteil aufgehoben oder geändert? Ja/Nein. Wenn ja, von welcher Stelle?
 (Urkunden bitte beilegen!)

VI. Falls Erben diesen Anspruch geltend machen: wie in Formular II.

Der Verfolgte ist am 11.III.1946 verstorben
 zum ----- für tot erklärt worden
 seit ----- vermißt.

Erben sind:

Familienname	Vorname	Familienverhältnis zum Verfolgten (Kinder, Witwe usw.)
Wulkan	Adrienne	Witwe
Wulkan	Monika	Kind

Erbnachweis (Erbchein, sonstige Urkunden) bitte beilegen.

VII. Bemerkungen:

Siehe Generalerklärung von Frau Adrienne Wulkan.

Ich versichere die Richtigkeit vorstehender Angaben. Die Folgen unrichtiger oder irreführender Angaben sind mir bekannt (§ 7 BEG).

Ich erteile Herrn Rechtsanwalt Heinz Möller, Hamburg, Jungfernstieg 34, Vollmacht zur Vertretung meiner Interessen.

Bilthoven

, den 20./II 1958

Adrienne Wulkan-Weiß
(Eigenhändige Unterschrift)

Monica Wulkan

Rechtsanwalt
Heinz Möller

Bankkonto: Dresdner Bank Nr. 10 158
Postscheckkonto: Hamburg 550 38



An die
Hansestadt Hamburg,
Wiedergutmachungsstelle,
z.Hd. von Herrn Justizinspektor Rispeter,
Hamburg 36,
Gr. Bleichen 23 I., Zimmer 105

Hamburg 36, den 26. Februar 1948
Jungfernstieg 34 I. Julius Campe-Haus
Fernsprecher: 3467890 34 04 27
Sprechzeit: 3.30 bis 5 Uhr
Sonntags 12 bis 1 Uhr

Betr.: Wiedergutmachungsantrag Frau Adrienne Wulkan,
Eilthoven (Holland), Hoynlaan.

Der Herrmann Dr. Georg Wulkan war Jude.
Er war verheiratet mit der obengenannten Frau Adrienne Wulkan.
Er hat bis etwa 1935 in Hamburg gewohnt, hier seine Geschäfte be-
trieben und seine Wohnung in der Auguststrasse gehabt. Zu dem
genannten Zeitpunkt wanderte er zusammen mit seiner Frau nach
England aus.

Er hatte in Hamburg einen grosse Posten Um-
zugsgut, den er bei der Firma Keim, Krauth & Co., Altona, zu dem
Logerschein Nr. 1495 eingelagert hatte. Ein Verzeichnis der Ge-
stände wird hierneben mit der

Anlage 1
überreicht.

Dieses Umzugsgut, welches aus dem früheren
Wohnsitz des Herrn Dr. Wulkan in Österreich stammte, ist später
bei der Firma Schenker & Co. eingelagert worden. Bei der Firm
Schenker & Co. wurde es im Jahre 1942 als sogenanntes Juden-
schiagnahme. Die Firma Schenker & Co. hat dem Unterzeichneten
hierneben in Abschrift als

Anlage 2
überreichte Bescheinigung vom 15.1.1942 übersandt.

Das gesamte beschlagnahmte Umzugsgut ist
am 2. und 3. März 1942 durch den Gerichtsvollzieher Gerlach
steigert worden. Hierüber wird eine Abschrift des Verstei-

Protokolls als

Anlage 3

Überreicht.

Die Nachforschung nach dem Verbleib des Umlagsgutes oder dem Erlös hat ergeben, dass der Erlös von RM 8849,85 an den Herrn Oberfinanzpräsidenten zusammen mit anderen Versteigerungserlösen überwiesen worden ist.

Hierüber hat der Oberfinanzpräsident dem Unterzeichneten unter dem 12.8.1947 lt. Anlage

Anlage 4

geschrieben.

Es wird aufgrund obigen Sachverhaltes der Anspruch der Frau Adrienne Wulkan als Wiedergutmachungsfall angemeldet. Herr Dr. Georg Wulkan ist vor einigen Jahren in Indien gestorben.

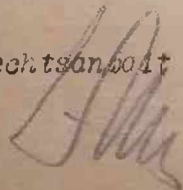
Bei dem versteigerten Hausrat handelt es sich um ausserordentlich wertvolle Mobilien. Der unterzeichnete Rechtsanwalt, welcher Herrn Dr. Georg Wulkan und Frau früher gelegentlich in ihrer Wohnung in der Auguststrasse besucht hatte, weiss aus eigener Erinnerung, dass es sich um besonders wertvolle Möbel handelte. U.a. war ein geschmütztes Speisezimmer vorhanden, welches von einem hervorragenden Architekten entworfen war und dessen ~~das~~ nach Angaben von Frau Wulkan allein die Hälfte des Versteigerungserlöses -in vormalen Preisen gerechnet- ausmacht. Im übrigen handelte es sich zum Teil um wertvolle Kunstgegenstände, Hausrat der Eltern des Herrn Dr. Georg Wulkan und um eingebrachtes Gut von Frau Adrienne Wulkan.

Frau Adrienne Wulkan lebt jetzt zusammen mit ihrer Tochter in sehr bescheidenen Verhältnissen in Holland. Im Wege einer Wiedergutmachung wäre ihr in erster Linie davon gelegen, Mobiliar wieder zu erlangen, da sie durch die kriege-

rischen Ereignisse in Holland vielerlei verlören. Lat.
Es wäre ihr auch damit gedient, wenn ihr sonstige Sachwerte,
z.B. Maschinen, zur Verfügung gestellt werden könnten, welche
sie in Holland realisieren könnte. Eine wertmassige Wiedergut-
machung in Zahlung oder eine natural restitution in vollem Um-
fange wird zweifellos überhaupt nicht möglich sein. Es müsste
daher versucht werden, den Schaden dadurch möglichst gering
zu halten, dass in bestimmtem Umfange Sachleistungen zugewie-
sen werden.

Falls der Antrag in irgendeiner Richtung
noch einer weiteren Begründung bedarf, wird um Auflage gebeten.

- Der Rechtsanwalt



Wilhelm Fuchs

Abschrift !

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Hamburg
Tgb.Nr.II B.2 92/42

Hamburg, den 15.1.1942

An die

Firma Schenker & Co.,
in Hamburg,

Pressenaus.

Betr.: Beschlaggenommenes Umzugsgut.
Bezug: Ihre Liste Nr. B - t 55

Das von Ihrer Firma in Verwahrung gehaltene Umzugsgut des Juden

Dr. Georg Vulkan

wohnhalt gewesen in Hamburg ist beschlagnahmt worden und soll versteigert werden. Sie werden daher ersucht, dieses Gut dem Auktionator

Gerichtsvollzieherei, Hamburg, Drenth 36,

zu übergeben und ein Inhaltsverzeichnis sowie Ihre Rechnung in doppelter Ausfertigung beizufügen. Ihre Ansprüche werden nach Prüfung aus dem Versteigerungserlös bestritten werden. Falls Sie oder der Inlandsspediteur noch über ein Depotgut haben verfügen, ersuche ich, diesen Betrag auf das Konto "Staatspolizeileitstelle Hamburg" bei der Deutschen Bank Filiale Hamburg nach Abzug Ihrer Gebühren zu überweisen.

I.A. Göttische

(Dienststempel)

Für richtige Abschrift

Der Rechtsanwalt

Oberfinanzdirektion Hamburg

- W 11 - BV 33(S) -

Postanschrift:

② Hamburg 13, den 26. Juli 1957

Hartungstraße 5

Tel. 44 12 91 / App. 007

Persönliche Vorsprache:

Hamburg 13, Magdalenenstr. 64 a
(Büro Wiedergutmachung)

An die
Freie und Hansestadt Hamburg
- Sozialbehörde -
Amt für Wiedergutmachung

H a m b u r g 36

Abschrift.

Der Oberfinanzpräsident

H S M B U R G

O 5210 - W 11 (n) - W 13 h

Hamburg 11, 12. August 1947

Herrn Rechtsanwalt
E.G. R u h l e

(24c) Hamburg 11
Borsentrücke 2a

Betr.: Vermögensverfall Dr. Georg Wulkan, früher
Hamburg, jetzt in Holland.

Ihr Schreiben an das Gerichtsvollzieneramt,
vom 4.7.ds.Js.

Anliegend übersende ich eine Abschrift des Versteigerungsprotokolls nebst Abrechnung über den "Ausrat" des Obengenannten. Der Betrag in Höhe von rein 8.849,85 RM wurde vom Gerichtsvollzieneramt an die Polizeileitstelle Hamburg überwiesen. Die Unterlagen dieser Dienstleistung sind vor der Besetzung vernichtet. Über den weiteren Verbleib des Betrages kann ich keine Auskunft geben. Es ist aber anzunehmen, dass der Betrag einer hohen Summe mit enthalten ist, die kurz vor dem Zusammenbruch der Reichsbank ohne Erläuterung überwiesen worden ist. Ich gebe anheim, für Mandanten die Entschadigungsansprüche bei der hierfür in Hamburg eingerichteten Beratungsstelle für Wiedergutmachungsansprüche, hier. S. 23 I., anzumelden. Ich bemerke aber, dass die Ausszahlung von

(Sillem)

Entschädigungen bis zur gesetzlichen Wiedergutmachungsregelung aus-
gesetzt ist.

Soweit im Versteigerungsprotokoll die Anschrift-
ten der Käufer nicht verzeichnet sind, können sie auch vom Gerichtsvoll-
zieheramt nicht mehr festgestellt werden.

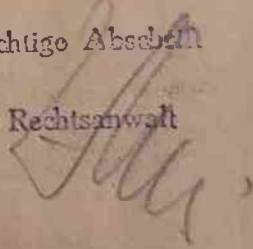
Im Auftrage
gez. Hätzold

Stempel

Beglaubigt
gez. Unterschrift
Zollinspektor

Für richtige Abschrift

Der Rechtsanwalt



18

Dr. He/Pa
Aktenzeichen: 12431/48

4.3.1948

ger
tiz

1)

Herrn

Rechtsanwalt Heinz M ö l l e r ,

An
c

H a m b u r g 36
Jungfernstieg 34/I.

Ich bestätige den Eingang des von Ihnen in Vollmacht der Frau Adrienne Wulkan eingereichten Wiedergutmachungsantrages vom 26.2.48 mit Anlagen und sehe zunächst der Einsendung der auf Sie ausgestellten Vollmacht und eines Erbnachweises entgegen. ger
ehr

Wie Ihnen bekannt sein dürfte, ist die Rückerstattung bereits versteigerten Mobiliars nicht möglich und auch eine Entschädigung durch Zuweisung von Mobiliar und Maschinen ist zurzeit nicht möglich, ebenso wie andere Sachleistungen zu leisten die Wiedergutmachungsstelle zurzeit nicht in der Lage ist. Es muss wegen der Entschädigungen das Erscheinen des in Vorbereitung befindlichen Wiedergutmachungsgesetzes abgewartet werden.

(Dr. Heine)

Wieder vorgelegt

2) 2 Monate

4.3.48
5. Jan. 1948

RU	...
...	...
...	...

Reg. Nr. 1429

Durchschrift

Bescheid

Auf Grund der §§ 38, 39 des Bundesgesetzes zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs und gleichgestellter Rechtsträger (Bundesrückerstattungsgesetz - BRÜG -) vom 19. 7. 1957 (Bundesgesetzblatt I, S. 734) erteilt die Oberfinanzdirektion Hamburg

dem Berechtigten:

Frau Maria Adrienne Wulkan geb. Weiß
Bilthoven / Holland, Heydlnaan 36

als Rechtsnachfolger nach

Bevollmächtigter:

Rechtsanwalt Heinz Müller
Hamburg 36, Jungfernstieg 34 III

folgenden Bescheid:

I.

Dem Bescheid liegen die nachstehend aufgeführten Entscheidungen / und / gütlichen Einigungen zu Grunde:

Beschluß des Wiedergutachthungsamts beim Landgericht Hamburg
vom 12.5.1952 - AE.: VI/2 696

II.

Aus dem in Ziffer I aufgeführten Beschluß steht der Berechtigten nach Maßgabe der §§ 14 bis 26 BRÜG ein Anspruch in Höhe von

RM 26.250.--

(i. H.: Sechshundzwanzigtausendzweihundertfünzig Deutsche Mark)
zu.

III.

Von dem zu Ziffer II festgestellten Betrag sind noch § 32 BRÜG zu zahlen:

- 1) bis spätestens zum 31.3.1959 DM 20.000,--
2) bis spätestens zum 31.3.1961 DM --,--
Der verbleibende Restbetrag von DM 6.250,--
ist grundsätzlich bis zum 31.3.1962 zu zahlen.

Im Falle des § 32 Abs.5 BRUG vermindert sich der Restbetrag auf einen nach dieser Vorschrift zu ermittelnden Hundertsatz.

IV.

Der zu Ziffer II festgestellte Geldbetrag ist im Rahmen des § 34 BRUG unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von 4 vom Hundert vom 1.4.1956 ab zu verzinsen. Die im Rahmen des § 34 BRUG etwa zu erfüllenden Zinsansprüche werden bis zum 31.12.1962 befriedigt.

V.

Auf die nach Ziffer III und IV jeweils zuerst zu leistende Zahlung werden gemäß § 36 BRUG die folgenden Darlehen angerechnet:

- | | |
|-----------------------------|-----------------------------|
| 1. Darlehen von DM 1.750,-- | } mit Wirkung vom 1. 4.1956 |
| 2. Darlehen von DM 3.200,-- | |
| 3. Darlehen von DM 5.050,-- | } mit Wirkung vom 7. 9.1956 |
| 4. Darlehen von DM 7.500,-- | |
- mit Wirkung vom 29.10.1957.

VI.

Stehen der Berechtigten neben den in Ziffer II aufgeführten Ansprüchen weitere rückerstattungsrechtliche Geldansprüche gegen die in § 1 BRUG genannten Rechtsträger zu, so gilt dieser Bescheid als Tei l - Bescheid.

VII.

G r u n d e :

Durch den in Ziffer I genannten Beschluß ist das Deutsche Reich verpflichtet worden, dem Berechtigten für entzogenes Umzugsgut im Werte von RM 17.500,-- Schadensersatz zu leisten.

Gemäß § 16 Abs.1 BRUG richtet sich die Höhe des Schadensersatzbetrages nach dem Wiederbeschaffungswert des Umzugsguts am 1.4.1956. Im Einverständnis mit der Berechtigten wird dieser auf DM 26.250,-- festgesetzt.

Dieser Betrag ist gemäß § 32 BRUG wie folgt auszuzahlen:

- a) bis zum 31.3.1959 in Höhe von DM 20.000,--
(§ 32 Abs.2 BRUG)

Hierauf werden die gemäß Ziffer IV

der Berechtigten gewährten Darle-

hen in Höhe von insgesamt DM 17.500,--

angerechnet, so daß noch DM 2.500,--
auszuzahlen sind,

- b) bis zum 31.3.1962 in Höhe des Restbetrages DM 6.250,--
(§ 32 Abs.4 BRUG)

Auf die Kürzungsmöglichkeit gemäß § 32 Abs.5 wird hingewiesen. Der in Ziffer IV genannte Anspruch auf Verzinsung des Gesamtbetrages ab 1.4.1956 ergibt sich aus § 34 BRUG. Danach sind

Hamburg 24. Jan. 2.10.1958

die festgestellten Ansprüche ab 1.4.1956 zu verzinsen, sofern der nach voller Befriedigung aller festgestellten Rückstattungsansprüche verbleibende Rest des in § 31 BRUG genannten Gesamtbetrages von 1,5 Milliarden Deutsche Mark noch nicht erschöpft ist. Falls der Restbetrag zu einer vollen Befriedigung der Zinsansprüche nicht ausreicht, verringert sich dieser Anspruch auf einen noch zu errechnenden Hundertsatz.

VIII.

Gegen diesen Bescheid kann binnen einer Frist von 6 Monaten nach Zustellung ein Antrag auf gerichtliche Entscheidung bei der Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Hamburg gestellt werden.

Nr. E 15510

Nr. B 28024 Az.: olo403

Nr. B 28023

Adrienne Wulkan geb. Weiss/Monika Wulkan.

Im Auftrag

Ich vorstehend bezeichnete ~~begehe~~ nehme ich Bezug auf meine am 3. März 1958 eingereichten Anträge. Regierungsdassessor Hol-
land, die sich mit ihrer Tochter in grosser Notlage befindet, fragt bei mir an, wieweit mit einer Entscheidung über ihre Zahlungsanträge gerechnet werden kann. Ich bitte, dazu Stellung zu nehmen.

Meine Mandantin schreibt mir, dass nach den Erfahrungen anderer Antragsteller Abzahlungsbeträge oder Vorschüsse geleistet werden und dass das insbesondere für die Ansprüche wegen Tragen des sogenannten Judensterns in Frage käme. Ich habe darin keine Erfahrung und bitte insoweit um Stellungnahme.

Meine Mandantin schildert mir ihre Notlage insbesondere dadurch, dass sie keine Zuschüsse von ihrer Mutter mehr erhalten kann. Diese ist 88 Jahre alt und braucht ihre Gelder selbst, da sie grössere Krankheiten zu finanzieren hat. Für Abzahlung von Schulden stehen meiner Mandantin daher keine Beträge mehr zur Verfügung.

Mit Rücksicht auf diese besondere Notlage und die Notwendigkeit, das Studium der Tochter meiner Mandantin, Monika Wulkan, zu finanzieren, bitte ich ergebenst,

die Sache Wulkan entweder bevorzugt

Vom: Hol. ab 17.8.1958

Rechtsanwalt

Heinz Möller

Bankkonto:

Hamburger Kreditbank Nr. 10158

Postcheckkonto: Hamburg 55038

27
Hamburg 36, den 2.10.1958
Jungfernstieg 34 III, „Heine Haus“ M/Sch.
Fernsprecher: 346427
Sprechzeit: von 15^{1/2} bis 17 Uhr
Sonntags von 11 bis 12 Uhr

An die
Freie und Hansestadt Hamburg
Sozialbehörde
Amt für Wiedergutmachung

H a m b u r g 36
Drehbahn 54



Betr.: Nr. E 15510
Nr. B 28024 Az.: olo403
Nr. B 28023
Adrienne Wulkan geb. Weiss/Monika Wulkan.

In vorstehender Angelegenheit nehme ich Bezug auf meine am 3. März 1958 eingereichten Anträge. Meine Mandantin in Holland, die sich mit ihrer Tochter in grosser Notlage befindet, fragt bei mir an, wann mit einer Entscheidung über ihre Zahlungsanträge gerechnet werden kann. Ich bitte, dazu Stellung zu nehmen.

Meine Mandantin schreibt mir, dass nach den Erfahrungen anderer Antragsteller Abzahlungsbeträge oder Vorschüsse geleistet werden und dass das insbesondere für die Ansprüche wegen Tragen des sogenannten Judensterns in Frage käme. Ich habe darin keine Erfahrung und bitte insoweit um Stellungnahme.

Meine Mandantin schildert mir ihre Notlage insbesondere dadurch, dass sie keine Zuschüsse von ihrer Mutter mehr erhalten kann. Diese ist 88 Jahre alt und braucht ihre Gelder selbst, da sie grössere Krankheiten zu finanzieren hat. Für Abzahlung von Schulden stehen meiner Mandantin daher keine Beträge mehr zur Verfügung.

Mit Rücksicht auf diese besondere Notlage und die Notwendigkeit, das Studium der Tochter meiner Mandantin, Monika Wulkan, zu finanzieren, bitte ich ergebenst,

die Sache Wulkan entweder bevorzugt

Handwritten: Nam. M. al 19. 58 dort

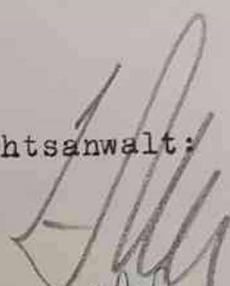
Handwritten: 7. Okt. 1958

- 2 -

zu behandeln oder einen angemessenen Vorschuss auf die angemeldeten Forderungen zu bewilligen und aus-zuzahlen.

Der Unterzeichnete ist zur Empfangnahme von Geldern legiti-miert.

Der Rechtsanwalt:



Vordr. 3. A 093
an E. 8. Okt. 1952



30/10/54/16

Ich beantrage zu Seite 3 IV.

- 1.) Entschädigung für die Tatsache, dass ich meinen Mann durch vorzeitiges Ableben verlor. Eine Folge seiner Sorgen, Aufregungen, Krankheiten, Verfolgungen und Behandlung in ausländischen Lagern. Dadurch verlor auch ich meine ganze Existenz.
- 2.) Entschädigung für die Jahre ab 1935, dass mein Mann nicht mehr so verdienen konnte, als wenn er weiter in Ruhe in Hamburg hätte arbeiten dürfen und für alle Kosten, die wir durch Emigration und Abbrechen unseres Haushaltes in Hamburg hatten.
- 3.) Für persönliche Freiheitsberaubung, Tragen des Judensternes, Leben unter schrecklichster Angst und Zerrüttung der Nerven.
- 4.) Für den Schaden an Vermögen, Alle Werte, die wir hatten, gingen durch die Umstände verloren. Unsere Möbel verkauft und aufgegessen. Pelze und meinen sehr schönen Schmuck verkauft und viele neue Schulden gemacht.
Beweismittel kann ich sehr schwierig besorgen, da wir überall auf Reisen waren und mein Mann alles selbst behandelte. Es war eine Kiste Papiere, die ich aus dem Haag - Wassenaar aus unserem letzten gemeinsamen Haushalt nach Doorwerth übersiedelte. Beim Schlag von Arnheim - das ganz in der Nähe von Doorwerth/Oosterbeek liegt - wurden wir vollkommen ausgeboot, das Haus vollkommen den Erdboden gleichgemacht. Wir flüchteten buchstäblich mit nichts. Was ich an Beilagen, Bildern etc. noch fand, ist nur was ich noch bei meiner Mutter in Wien und bei Freunden fand.
- 5.) Ich weiss, dass mein Mann eine Lebensversicherung hatte (ganz dunkel erinnere ich mich auf 20.-- RM 25.000.--), habe aber keine Ahnung, wo, und auch die Höhe ist ungewiss.
- 6.) Sonderabgaben etc. weiss ich nichts, da mein Mann alles selbst erledigte. Reichsfluchtssteuer, leider weiss ich gar nichts davon. Ich weiss, dass mein Mann ein Konto in Hamburg zurückgelassen hat. Was damit geschehen ist, weiss ich nicht.
- 7.) a) u. b).

Mein Mann musste in Hamburg seine Arbeit, die er sich dort aufgebaut hatte, aufgeben und im Ausland wieder neu beginnen. Wir hatten überall grosse Schwierigkeiten Aufenthaltsbewilligungen zu erhalten und er konnte nicht so arbeiten, als wenn er weiter in Hamburg geblieben wäre. Die Ansprüche kommen für mich insoweit in Frage, als ich an dem Genuss der Aufwärtsentwicklung im beruflichen Fortkommen meines Mannes keinen Anteil hatte.

Adrienne Wulhan-Weif

Zu Punkt B Seite 4 wird folgende Schilderung des Verfolgungsvorganges abgegeben, mit der Bitte, sie auch für alle anderen von mir und meiner Tochter Monika Wulkan eingereichten Anträge zugrunde zu legen.

Mein Ehemann Georg Wulkan, den ich am 9.12.1931 in Hamburg geheiratet hatte und dem ich am 20.9.1935 in Hamburg eine Tochter geboren hatte, war Chemiker, der sich insbesondere mit der Herstellung und Verwertung von Stärke und Glukosefabrikate beschäftigte und in Hamburg Maschinen für die Verarbeitung von Stärke und Stärkederivaten erfand und bauen liess; auch ganze Stärke- und Glukosenfabriken baute und einrichtete. Ausserdem war er chemischer Berater grosser Firmen.

Wir hatten in Hamburg in einem der vornehmsten Stadtviertel, nämlich Uhlenhorst, Auguststrasse 15, eine grosse gut eingerichtete Wohnung in einer Villa, zwei Dienstmädchen und schon in den ersten Ehejahren unser eigenes Auto. Es ging uns gut und mein Mann befand sich in seiner Eigenschaft als Experte in der Stärkemittelindustrie im Aufstieg.

Im Jahre 1935 spitzte sich für uns als Juden die Lage zu. Ich konnte keine Dienstmädchen und keine Kinderschwester behalten, nachdem ein entsprechendes Gesetz herausgekommen war. Als die Lage nach 1935 für uns immer schlimmer wurde und mein Mann in der Ausübung seines Berufes auf immer grössere Schwierigkeiten stiess, entschlossen wir uns Anfang 1936 zu emigrieren. Wir haben versucht in Holland, Frankreich und England Fuss zu fassen. Überall wurde es uns so schwer gemacht, dass wir unsteten Aufenthalts waren, zumal mein Mann keine Arbeitsbescheinigung erhalten konnte und kein Fundament als selbstständiger Chemiker hatte. Er beabsichtigte nach Kanada auszuwandern. Wir erhielten jedoch keine Einreiseerlaubnis. So sind wir Jahre herumgezogen. Ich war zufällig im März 1938 bei meinen Eltern in Wien, als Hitler dort einzog. Mein Mann kam sofort aus Paris nach Wien und erreichte es mit grösster Mühe, dass wir unverzüglich in ~~Waxx~~ die Tschecho-slowakei flüchten konnten. Wir sind wochenlang in Ungarn und Jägo-slawien herumgezogen, bis mein Mann eine Einreisebewilligung nach Italien bekam. Dahin flüchtete auch ich mit unserem Kind unter allergrössten Schwierigkeiten, da die Grenze Österreich/Italien bereits gezogen war. Von dort aus bekamen wir mit grössten Schwierigkeiten Pässe und Visa für Süd-Frankreich und wanderten dort von Stadt zu Stadt, da wir nirgends eine Aufenthaltsbewilligung erhielten, und mein Mann geschäftlich nicht wieder Fuss fassen konnte.

Endlich gelang es uns, uns in Holland niederzulassen, und wir zogen zunächst nach Den Haag. Dort waren wir auch, als Holland im Jahre 1940 von den Deutschen besetzt wurde. Mein Mann befand sich gerade zur Anbahnung von Geschäften in England und wurde dort, da er als Österreich/Deutscher galt,

interniert. Seine Emigration als Jude und seine Flucht vor den Deutschen wurde nicht berücksichtigt.

und
Meine Tochter und ich haben die ausländische Besetzung/die Bombadierungen in Holland mitgemacht und wurden darüberhinaus noch infolge unserer Rassezugehörigkeit als Feinde angesehen. Wir wurden dann auch nach einiger Zeit durch ein Gesetz der deutschen Besatzungsmacht gezwungen, uns als Juden bei den Behörden zu melden und sind diesem Zwang auch nachgekommen. Dadurch haben wir alle Unbilden, welche den Juden auferlegt wurden, über uns ergehen lassen müssen, wie z.B. Beschlagnahme von Rundfunkgeräten, Fahrrädern etc., Zwang zum Tragen des Judensterns. Aus unserer derzeitigen Pension wurden wir ausgewiesen und standen buchstäblich auf der Strasse. Nur durch Hilfe Fremder ist es uns gelungen, ein Unterkommen auf dem Lande zu erhalten und meiner Tochter die Möglichkeit zu geben, schulisches Wissen zu erlernen.

Auf Grund einer Warnung aus Den Haag, die besagte, dass wir am nächsten Tage abgeholt werden sollten, flüchteten wir. Tatsächlich ist ein Überfallwagen der SS an unsere frühere bekannte Adresse vorgefahren, und das ganze Haus ist durchsucht worden, insbesondere um meine Tochter Monika zu finden und fortzuführen. Soweit wir erfahren haben, sind andere Personen, welche dieser Aktion unterfielen, nach Polen gekommen. Wir haben uns durch die rechtzeitige Warnung verstecken können und sind an einen Ort geflüchtet, der etwa 150 km von unserem derzeitigen Wohnort entfernt lag.

Durch die Flucht und Versteckhaltung haben wir es auch erreicht, dass wir einer Aktion entgangen sind, nach welcher 1943 alle Juden sich in dem Konzentrationscamp Vught melden mussten. Im Falle der Nichtbefolgung stand eine Strafexpedition nach Polen vor. Ich war bereits so zermüret, dass ich mich beinahe in dem Konzentrationslager gemeldet hätte und wurde nur durch energischen Widerspruch einer gutherzigen Bekannten davon abgehalten. Diese half uns dann auch, für die Folgezeit unterzutauchen. Durch die rechtzeitige Warnung vor einer neuen gegen uns eingeleiteten Verhaftungsaktion sind wir zu wiederholten Male entkommen. und haben uns in einer anderen Stadt niedergelassen. Im Jahre 1944 lebten wir in der Nähe von Arnheim, als dort der grosse Schlag ausgeführt wurde und waren mit in der Gefechtslinie .

Sieben Tage und Nächte verbargen wir uns in Kellern, bis wir zwischen Kugelregen flüchten konnten. Wir haben unsere ganzen Habe zurücklassen müssen. Das Haus, in dem wir uns verborgen hielten, stürzte hinter uns ein. Ein neuer Leidensweg und ein Hungerwinter ohne die notwendigen Habe begann.

Wir haben oftmals sehr starke Fliegerangriffe mitgemacht, sind dann aber endlich durch den Einmarsch alliierter Truppen befreit worden. Danach erfuhren wir, dass mein Bruder in Auschwitz gestorben war und dass meine Schwester, die von der SS arrestiert werden sollte, Selbstmord durch Sprung vom fünften Stock eines Hauses begangen hatte.

Sehr viel später habe ich dann von dem Leidensweg meines Mannes gehört. Er hatte schon vor Ausbruch des Krieges durch das viele Herumwandern und die Unmöglichkeit, sein Geschäft im Ausland neu zu fundieren, körperlich und seelisch stark gelitten. Die ihm im Ausland entgegenstehenden Schwierigkeiten haben ~~im~~ es ihm unmöglich gemacht, auch nur annähernd eine solche Position wieder zu bekommen, wie er ~~se~~ bis 1935 in Hamburg gehabt hat. Zur Schilderung seiner Stellung, Beschäftigung und unseres Wohlergehens in den Jahren um 1931 herum, nehme ich Bezug auf das Zeugnis von

Herrn Rechtsanwalt Heinz Möller,
Hamburg 36, Jungfernstieg 34,

der ihn 1936 noch einmal in Holland besucht hat und auf Grund der für ihn bearbeiteten Rechtsangelegenheiten mit ihm auch weiterhin in Verbindung stand.

Über den Leidensweg meines Mannes habe ich folgendes erfahren:

1940 in England verhaftet, wurde er auf die Insel Man gebracht und dort interniert. Nach einem qualvollen Transport wurde er nach Australien gebracht und dort in ein Lager gesperrt. Die Ungewissheit über unser Schicksal hat ihn erheblich gequält, wie das ^{aus} wenigen Briefen die uns später erreichten, hervorging. Die menschenwürdigen Zustände im Lager und das mörderische Klima in Australien haben ihm viel Leiden eingebracht. Nach Jahren gelang es einem seiner Freunde, ihn nach Indien zu bringen. Leider war auch dort das Klima für ihn nicht erträglich. Er war durch die erlittenen Strapazen schon so sehr geschwächt, dass er eine Endocarditis bekam, für die es in Indien keine Heilung gab, insbesondere fehlte dort Penicilline. Daher hat er den letzten Versuch einer Rettung seines Lebens unternommen und ist nach den vereinigten Staaten gefahren, um dort eine Kur durchzumachen. In New York ist er einige Tage im Krankenhaushaus gewesen und jedoch dort am 11. März 1946 an Herzschwäche gestorben. Eine ärztliche Bescheinigung über seine Todesursache liegt vor. In einem Testament aus Bombay vom 7. September 1944 hat er meine Tochter Monika und mich zu Erben eingesetzt.

Wir haben mit meinem Mann, dem fürsorgenden Vater unserer Tochter, den ganzen Lebensinhalt und auch jeden finanziellen Rückhalt verloren und uns seither kümmerlich durchgeholfen. Meine Tochter ist begabt und hat das Gymnasium absolviert und mit 17 Jahren das Maturum gemacht. Seither studiert sie Jura und hat ein Stipendium erhalten, welches sie zurückzahlen muss. Auf einen eigenen Bericht nehme ich Bezug. Ich selbst bin durch die erlittenen Verfolgungen und den körperlichen Zustand, in den ich geraten bin, nicht mehr in der Lage, irgendwie Geld zu verdienen. Ich und meine Tochter machen mit den Anträgen auf Grund des Bundesgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nat. soz. Verfolgung geltend

- 1.) jeweils eigene Rechte in weitestgehendem Umfang, die sich aus der ganzen Situation ergeben,
- 2.) Rechte als Erben nach meinem verstorbenen Ehemann Georg Wulkan.

Adrienne Wulkan-Weiß



Aktz.: Wg. 0104 03 -13-

Unbeschränkte
Auskunft aus dem Strafregister
der Staatsanwaltschaft zu

Berlin-Charlottenburg, Soorstr. 82

Familienname: W e i s s
(Bei Frauen Geburtsname)

Vornamen: Maria Adrienne Alice Alfreda
(Rufname unterstreichen)

Geburtsangaben:
(Tag, Monat, Jahr)

1.4.1903

Gemeinde: Wien

(evtl. Stadtteil):

Straße:

Verwaltungsbezirk:

Landgerichtsbezirk:

Land:

Österreich

Familienstand: ledig — verheiratet — verwitwet — geschieden

Vor- und Familien- (Geburts-) Name
des (bzw. früheren) Ehegatten:

Wulkan, Adrienne

Vor- und Familienname
des Vaters:

Vor- und Geburtsname
der Mutter:

Stand (Beruf): Hausfrau

ggf. des Ehemannes:

Wohnort

ggf. letzter Aufenthaltsort:

Bilthoven/Holland

Früher: Hamburg,

Straße und

Hausnummer:

Haydnlaan 36

Augustr. 15

Staatsangehörigkeit:
Österreich

Heimatgemeinde:

Heimatbezirk:

Im Strafregister ^{ist folgende} _{sind keine} Verurteilung(en) vermerkt:

Nr.	am	durch Aktenzeichen	wegen	auf Grund von	zu	Bemerkungen
-----	----	-----------------------	-------	---------------	----	-------------

Zur Feststellung der Wiedergutmachungsansprüche wird im Interesse des Obengenannten auch um
Angabe der evtl. bereits getilgten politischen Vorstrafen gebeten.



Kein Strafvermerk
Bundesstrafregister
Geschäftsstelle
Berlin-Charlottenburg 9, den
Soorstr. 82

30. APR. 1959

Die Auskunft gilt nur für
die Zeit nach dem 14. II. 1949

Rechtsanwalt
Heinz Möller

Bankkonto:
Hamburger Kreditbank Nr. 10 158
Postcheckkonto: Hamburg 550 98

44
Hamburg 36, den 1.6.1959
Jungfernstieg 34 III, „Heine Haus“ W/Sch.
Fernsprecher: 34 64 27
Sprechzeit: von 15^{1/2} bis 17 Uhr
Sonnabends von 11 bis 12 Uhr

An die
Freie und Hansestadt Hamburg
- Sozialbehörde -

H a m b u r g 36
Brehbahn 54

HAMBURG	
- 2. JUNI 1959	
An:	1
[Signature]	

Betr.: Aktz.: Wg. 010403 - 1

In der Wiedergutmachungssache Adrienne und Monika Wulkan nehme ich Bezug auf meinen Besuch vom 8.4.1959, bei dem ich die Angelegenheit mit Frau Berg ansprach. Es wurde mir gesagt, dass Ansprüche wegen Tragens des Judensterns vorrangig bearbeitet würden. Ich bitte daher unter Bezugnahme auf die gemachten Angaben diesen Anspruch meiner Mandantinnen zu bearbeiten und weise daraufhin, dass auch Monika Wulkan nach den dort bekannten Vorschriften infolge ihres Lebensalters auch den Judenstern hat tragen müssen.

Soweit Ansprüche wegen Untertauchens geltend gemacht werden, als meine beiden Mandantinnen in Holland waren, trete ich Beweis für die menschenunwürdigen Zustände, unter denen sie leben mussten, an durch Benennung von Herrn und Frau L. van Vessem. Beide haben sich schriftlich hierzu lt. abschriftlicher Anlage geäußert. Das Original befindet sich in meinem Besitz.

Hochachtungsvoll!
[Signature]

45

Abschrift

Den Dolder 27. Mai 1959.

Sehr geehrte Frau Wulkan.

Auf Ihre Anfrage, wollen meine Frau und ich Ihnen gerne bestätigen, dass wir Sie mit Ihrer Tochter Monica im Jahre 1942, nachdem Sie ganz verzweifelt bei uns ankamen, aufgenommen und versteckt haben und nochmals im Jahre 1943 auf einige Monate unter schwierigsten Verhältnissen am Boden bei uns versteckten. Da meine Frau und ich die grösste Gefahr liefen mussten Sie vollkommen still sein, konnten den Boden nicht verlassen und nicht einmal zum Fenster gehen, da eine deutsche Abwehrstelle sich hinter dem Hause befand, was Ihre lebensgefährliche Lage noch verschärfte. Ihre und Monica's Lage war in diesen Jahren mehr als menschenwürdig. Besonderes Mitgefühl hatten wir dem kl. Kind, für dass diese Lage so besonders entsetzlich war, weil Sie keinen Laut geben durfte. Wir sind sehr froh, dass wir Ihnen in diesen Zeiten, die für Sie so schrecklich waren, beistehen konnten.

Wir grüssen Sie herzlich
Ihre L. van Vessem
und Frau

L. van Vessem
Pleineslaan 100
den Dolder

Rechtsanwalt

Heinz Möller

Bankkonto:

Dresdner Bank AG, Nr. 10 158

Postscheckkonto: Hamburg 550 38

Wg. 010403 Adrienne

Hamburg 36, den 6.1.1960

Jungfernstieg 34 III, „Heine Haus“ W/Sch.

Fernsprecher: 34 64 27

Sprechzeit: von 15^{1/2} bis 17 Uhr

Hamburg	
Amt für Wiedergutmachung	
Empf.	7. JAN. 1960
Wg.	5

An die
Freie und Hansestadt Hamburg
- Sozialbehörde -
Amt für Wiedergutmachung

H a m b u r g 36
Drehbahn 54

Ich bitte, Ihrem Antwortschreiben
einen Durchschlag beizufügen.

Betr.: AZ.: B. 28023 und 010403

In der Wiedergutmachungssache der von mir vertretenen
Frau Adrienne Wulkan und ihrer Tochter Monika Wulkan,
Dilthoven/Holland, Spoorlaan 36, überreiche ich hier-
neben

- 1.) Sterbeurkunde der Nanette Weiss geb. Holländer, mo-
saisch, der israelitischen Kultusgemeinde Wien; ge-
storben am 27. Dezember 1919, der Grossmutter väter-
licherseits von Frau Adrienne Wulkan und Urgross-
mutter von Monika Wulkan.
- 2.) Geburtsurkunde der Alice Weiss, mosaisch, der israe-
litischen Kultusgemeinde Wien; geboren am 12.11.1877,
einer Tochter der zu 1) genannten Nanette Weiss geb.
Holländer und ihres Mannes Samuel Weiss, des Gross-
vaters von Frau Adrienne Wulkan.
- 3.) Heiratsurkunde des Vaters von Frau Adrienne Wulkan,
Herrn Dr. Alfred Weiss, vom 17. November 1959, aus
welcher sich ergibt, dass er der Sohn von Samuel Weiss
und Annette Weiss geb. Holländer war.
- 4.) Auszug aus dem Taufregister über die Taufe von Moni-
ka Wulkan, aus welcher ihre Eltern Georg und Adrienne
Wulkan ausgewiesen werden. Der Vater von Frau Adrienne
Wulkan, Herr Dr. Alfred Weiss, ist zum katholischen
Glauben übergetreten.

Daraus ergibt sich die mosaische Abstammung von Frau Adrienne Wulkan, welche auch in ihrer Geburtsurkunde und in dem Taufschein mit demselben Namen erscheint .

Weitere Urkunden, welche die mosaische Abstammung von Frau Adrienne Wulkan und ihrer Tochter Monika ausweisen, sind nicht mehr erhältlich.

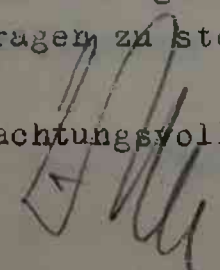
Mit diesen Urkunden ist jedoch die Abstammung hinreichend glaubhaft gemacht.

Ich überreiche weiter eine von mir selbst abgegebene Erklärung über die Flucht der Familie Wulkan im Jahre 1935 vom 5. Januar 1960 und eine Erklärung des Herrn Ramon Neckelmann vom 13. November 1959, welcher aus eigener Kenntnis weiss, dass die Familie Wulkan derzeit wegen des gegen die Juden ausgeübten Drucks aus Deutschland flüchten mussten.

Damit dürfte der Nachweis der jüdischen Abstammung von Frau Adrienne Wulkan und ihrer Tochter Monika belegt sein. Sie haben als Mischlinge ersten Grades zu gelten. Es kann nunmehr über den Antrag auf Entschädigung für Tragen des Judensterns und sonstiger Ansprüche, die sich aus der menschenunwürdigen Behandlung für die Zeit nach der Flucht ergeben, entschieden werden. Der Judenstern wurde von Frau Wulkan und ihrer Tochter, diese geboren am 20.9.1935, getragen, solange es in Holland vorgeschrieben war.

Sollten noch irgendwelche Auskünfte gewünscht werden, so wird gebeten, dem Unterzeichneten und den Antragstellern spezifizierte Auflagen zu machen oder Fragen zu stellen.

Hochachtungsvoll!



Anlagen!

Hamburg, den 11. Februar 1960
Be/Kf.

A n l a g e

- 1.) Die Astin. hat mit Vordruckantrag, eingegangen am 4.3.58, u.a. Entschädigung wegen Schaden an Freiheit erhoben.
- 2.) Die Astin. war die Ehefrau des Chemikers Georg Wulkan (Bl.50). Dieser gehörte bis 1935 der Jüdischen Gemeinde Hamburgs an (Bl.39). Die Astin. war "Mischling 1.Grades" im Sinne der ns Terminologie (Bl.51,52,53).

Die Familie emigrierte Anfang 1936. Nach jahrelangem Umherziehen in Frankreich, England, Holland, Österreich, der Tschechoslowakei und Südfrankreich ließ sich die Familie in den Haag nieder (Bl.33). Dort befanden sich die Astin. und ihre Tochter beim Einmarsch der deutschen Truppen, während der Ehemann sich gerade in England befand, wo er interniert wurde.

Die Astin. war zum Tragen des Judensterns verpflichtet (Bl.34, Bl. 7 Az. 2009 35). Aufgrund einer Warnung flüchtete die Astin. mit ihrer Tochter - welche als Kind eines "Volljuden" und einer "Halbjüdin" als "Jüdin" galt, - aus den Haag und versteckte sich in den nächsten Jahren an verschiedenen Orten (Bl.34; 4, 5, 6 Az. 2009 35). Durch den Einmarsch der alliierten Truppen wurden die Astin. und ihre Tochter befreit (Bl.35).

Der Anspruch auf Haftentschädigung ist m. E. gerechtfertigt; es ist nachgewiesen, daß die Astin. und ihre Tochter verpflichtet waren, den Judenstern zu tragen (Bl.7, 8 Az. 2009 35) und es ist glaubhaft gemacht, daß sie unter menschenunwürdigen Verhältnissen in der Illegalität gelebt haben (Bl. 4, 5, 6 Az. 2009 35).

Der Beginn der Freiheitsbeschränkung -Judensterntragen- ist lt. 2. Ergänzung vom 4.12.56 zur "Übersicht über die Verordnungen zum Tragen des Judensterns" der 2.5.1942 anzusehen. Das Ende ist das Datum des Einmarsches der alliierten Truppen. Wie aus der glaubhaften Darstellung der Astin. hervorgeht (Bl.34 unten), hat sie mit ihrer Tochter nach dem Luftangriff auf Arnheim noch den Winter 1944/45 im illegalen Leben verbracht, sodaß das Ende der Schadenszeit erst mit der Kapitulation am 4.5.1945 angenommen werden kann.

3.) Berechnung nach BEG

Schadenszeit 2.5.1942 - 4.5.1945 = 36 Monate x DM 150.--
= DM 5.400.-- ✓
=====

Ich schlage vor, der Astin. diese Summe im Vergleichswege anzubieten.

Festgestellt:

Burg BA II c
(Name u. Dienstbez.)

Nachgerechnet:

P. Müller BA II b
(Name u. Dienstbez.)

1232

Hamburg, den 25. Febr. 1960
Sohl/Sch

0104 03-13
2009 35-13

1.)

Herrn
Rechtsanwalt Heinz Müller

H a m b u r g 36

Jungfernstieg 34

Betr.: Entschädigungssachen Adrienne und Monika W u l k a n .

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt !

Mit hier am 4.3.1958 eingegangenen Formblattanträgen haben Frau Adrienne Wulkan und ihre Tochter Monika Wulkan Entschädigungsansprüche für Schaden an Freiheit angemeldet.

Es liegen wohl keinerlei Nachweise dafür vor, dass die Antragstellerinnen in der Zeit vom Beginn der Verpflichtung zum Tragen des Judensterns, dem 2.5.1942, bis zur Kapitulation am 4.5.1945 in Holland in Verhältnissen gelebt haben, die gemäß § 47 BGG entschädigungsfähig sind.

Durch Beibringung verschiedener Zeugenerklärungen ist es aber hinreichend glaubhaft gemacht worden, dass die Lebensverhältnisse so gewesen sind, dass sie nach § 47 BGG entschädigt werden können.

Das Amt für Wiedergutmachung bietet Ihnen daher zur Abgeltung aller Ansprüche für Schaden an Freiheit Vergleiche an. Frau Adrienne Wulkan und ihre Tochter Monika erhalten je einen Vergleich über DM 5.400.-- auf der Grundlage einer anerkannten Schadenszeit vom 2.5.1942 (Inkrafttreten der Verordnung zum Tragen des Judensterns) bis 4.5.1945 (restlose Besetzung durch die Alliierten).

Falls Sie mit den Vergleichsvorschlägen einverstanden sein sollten, werden Sie gebeten, die 1. und 2. Ausfertigungen der anliegenden Vergleichsexemplare unterschrieben an das Amt zurückzusenden.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage:

7 Anlagen

Ausgefertigt am 18.9.60 Vek
Abgesandt am 26. Feb. 1960
mit ...

(Sohlössinger)
Reg. Oberinspektor

- 2.) Je 3 Vergleichsexemplare mit Schreiben zu 1) zweifach absenden.
- 3.) Wvl. nach Eingang.

HS 13

An die
Freie und Hansestadt Hamburg
Sozialbehörde
Amt für Wiedergutmachung

H a m b u r g 36
Drehbahn 54

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG	
Sozialbehörde	
Amt für Wiedergutmachung	
Eing.	- 7. MRZ. 1960
Anl.	5
Zuständig	

Aktenzeichen: Wg. 0104 03-13
Wg. 2009 35-13
Adrienne und Monika Wulkan

Hamburg, den 23.2.1960
Schl/Sch

1.) V e r m e r k .

Frau Adrienne Wulkan und ihre Tochter Monika lebten in Holland in gleichen Verhältnissen. Auf die Vorlageverfügung in der Akte 0104 03 wird besonders Bezug genommen.

Ich halte es für vertretbar, wie vorgeschlagen, jeder Antragstellerin zur Abgeltung aller Ansprüche für Schaden an Freiheit einen Vergleich über DM 5.400.-- anzubieten.

Namhafte Zeugen, insbesondere Herr Koppert (Bl.5 der Akte 2009 35), haben Schilderungen über die Lebensverhältnisse abgegeben, die es rechtfertigen, hier den Tatbestand des § 47 BEG als erfüllt anzuerkennen. Es bestehen auch keine Zweifel daran, dass Frau Wulkan und ihre Tochter, wenn sie die deutschen Sicherheitsorgane gestellt hätten, bestimmt einem Vernichtungs-transport zugeteilt worden wären.

- 2.) L 6 mit der Bitte um Zustimmung zu je einem Vergleich über DM 5.400.-- zur Abgeltung aller Ansprüche für Schaden an Freiheit.

Freiwillig
Müller, L 6
24.2.60

Schlössinger
(Schlössinger)

Leid eingeleitet.

Wenn ich noch eine persönliche Bitte aussprechen darf, so wäre es die, die noch offen gebliebenen Ansprüche baldigst zu bearbeiten und zu regulieren.

Hochachtungsvoll!

Rechtsanwalt
Heinz Möller

Bankkonto:
Dresdner Bank AG, Nr. 10 158
Postscheckkonto: Hamburg 550 38

Hamburg 36, den 4.3.1960

Jungfernstieg 34 III, „Heine Haus“
Fernsprecher: 34 64 27
Sprechzeit: von 15^{1/2} bis 17 Uhr

M/Sch.

An die
Freie und Hansestadt Hamburg
Sozialbehörde
Amt für Wiedergutmachung

H a m b u r g 36
Drehbahn 54

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG	
Sozialbehörde	
Amt für Wiedergutmachung	
Eing.: - 7. MRZ. 1960	
Anl. 15	Susdng: 0

Betr.: Wg. 0104 03-13 / Wg. 2009 35-13
Wiedergutmachungssache 1.) Frau Adrienne Wulkan
2.) Frl. Monika Wulkan

In vorstehender Angelegenheit nehme ich Bezug auf Ihr Schreiben, mit welchem Sie mir Vergleichsangebote für meine Mandantinnen zur Abgeltung aller Ansprüche auf Entschädigung wegen Schadens an Freiheit zur Höhe von je DM 5.400,-- machten. Ich reiche Ihnen hierneben die von meinen Mandantinnen unterschriebenen Vergleichsformulare zurück, wobei ich unterstelle, dass weitere von mir angemeldete und zu Ihren Akten gereichte Ansprüche offen bleiben.

Ich bitte, den Betrag von insgesamt DM 10.800,--
auf mein Girokonto bei der
Dresdner Bank AG. Nr. 10 158
zu überweisen.

Um Ihnen auch einmal eine direkte Freude zu bereiten, füge ich den an mich gerichteten Brief von Fräulein Monika Wulkan vom 29.2.60 bei. Sie können daraus entnehmen, wie sehr Sie mit dem Ausgleich für Ansprüche wegen erlittener Ungerechtigkeiten helfend eingreifen.

Wenn ich noch eine persönliche Bitte aussprechen darf, so wäre es die, die noch offen gebliebenen Ansprüche baldigst zu bearbeiten und zu regulieren.

Hochachtungsvoll!

[Handwritten signature]

Arbeits- und

J 12

127a

WG 6 - 0104 03/ 17 -

2000 Hamburg 36, den - 4. Jan 1966

Dr. W/ MS

der Frau Adrienne W u l k a n , geb. Weiss,
geb. am 1.4.1903 in Wien,
wohnhaft: Bilthoven, Gallileiplein 55, Niederlande,

Antragstellerin,

vert. durch: Herrn Rechtsanwalt Dr. Werner Appel, 1/Pa. Meins Möller,
Rechtsanwalt, 2000 Hamburg 36, Jungfernstieg 34 III.

Arbeits- u.

"Meine Haus",

/

Der Antragstellerin stehen Hinterbliebenenansprüche nach ihrem Ehemann,
dem Chemiker

Georg (George) W u l k a n ,
geb. am 19.4.1903 in Marosvásárhely/Österr.,
verst. am 11.3.1946 in New York/ USA,

nach §§ 41, 15 ff des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG) nicht zu.

G r u n d e :

I.

1. Der Ehemann der Antragstellerin war Jude im Sinne der Terminologie der sogenannten Nürnberger Rassengesetze. Im Herbst 1939 wanderte er aus und ließ sich schließlich in Holland nieder. Als das Land durch deutsche Truppen besetzt wurde, befand er sich zwecks Abnahme von Geschäften in England. Er wurde dort aus kriegsbedingten Gründen auf der Isle of Man interniert und von dort später in ein Internierungslager nach Australien verbracht. Aufgrund einer Intervention von Freunden kam er nach Indien,

- 2 -

Die Internierungen in England und Australien und das Leben in Indien sind nicht adäquate Folgen der Auswanderung und mithin der Verfolgung. Sie haben vielmehr ihre entsprechende Ursache im Krieg und den durch den Krieg bedingten besonderen Verhältnissen. Hiervon stellen sie die unmittelbare Auswirkung dar. Es scheidet daher insoweit ein adäquater Kausalszusammenhang zwischen diesem Lebensschicksal und der Verfolgung aus.

3. Darüber hinaus ist der aufgrund der Internierung m.w. eingetretene Schaden an Körper oder Gesundheit, der zum Tode führte, der Verfolgung nicht eigentümlich; denn er ist für die Verfolgung als solche nicht typisch und nicht zwangsläufig mit ihr verbunden. Diese Zweitereignisse, wie sie die Internierungen und das Leben in Indien darstellen, trafen letztlich Verfolgte und Nichtverfolgte in gleicher Weise. Der Schaden ist in solchen Fällen in einer für Verfolgte und Nichtverfolgte gleichmäßig bestehenden Gefahrenlage begründet gewesen.

IV.

Was nun die medizinische Seite anbelangt, so steht unter Beachtung der unter Ziff. III. festgelegten Begrenzung des Verfolgungsgeschehens aufgrund des zur Klärung der Sachlage beigegebenen fachärztlichen Gutachtens des Facharztes für innere Krankheiten, Dr. med. H. Ahmert, Hamburg, (nach Aktenlage), vom 6.6.1965 folgendes fest:

1. Der Ehemann der Antragstellerin litt 1929/1930 an einem echten rheumatischen Fieber (akuter Gelenkrheumatismus). Offenbar war damals die Endocarditis klinisch ausgeheilt. Dennoch muß man davon ausgehen, daß Veränderungen an der Herzinnenhaut einschließlich der Herzklappen bestehen geblieben sind. Derartige Veränderungen sind stets für erneute rheumatische Entzündungen prädestiniert. Dieses Geschehen ist verfolgungsunabhängig abgelaufen. -

Etwa im Jahre 1944 muß es dann in Indien wiederum zu einer Endocarditis lenta beim Ehemann der Antragstellerin gekommen sein.

Prozessheft:

KLAGESACHE

Wülkan, Adrienne

WG- 010403/48

1. 82 0 (E.) 99/66

II.) 9 M (E) 10/68

7.13.1968

026

1820/Entsch/99/66



Adrienne Wulkan

geborene Weihs

Bilthoven Niederlande

Galileiplein 55.

14. April 1966

Einschreiben

FREIE UND HANDELSKAMMER	
Arbeits- und Sozialbehörde	
Amt für Wiedergutmachung	
21. APR. 1966	
Akt.	Zuständig

An das Landgericht-
Entschädigungskammer-
Hamburg

Gegen den Beschluss der Arbeits- und Sozialbe-
horde - Amt fuer Wiedergutmachung- Hamburg vom 4. Januar 1966
(eingegangen bei R. A. Schroder, Hamburg am 28. Januar 1966.)

AZ W G 6 - 0104 03/ 17

reiche ich hiermit form- und fristgerecht

Klage

ein.

Ich beantrage

das Amt fuer Wiedergutmachung Hamburg zur Zahlung einer Hinter-
bliebenenrente wegen Schadens an Leben nach meinem verstorbenen
Ehemann Georg Wulkan zu verurteilen und ihm die Kosten des Ver-
fahrens aufzuerlegen.

Gruende

Mein am 11. 3. 1946 verstorbener Ehemann haette ohne die nationa-
sozialistische Verfolgung seinen Wohnsitz in Hamburg, die vom
Vater her schon bekannte Firma und seinen Beruf, der ihm und
seiner Familie ein gesichertes Einkommen und ein sorgenfreies
Leben gestattete, niemals aufgegeben, zumal diese Existenz als so
gesichert angesehen werden musste, dass er sich jede notwendig
werdende Schonung ohne Weiteres haette erlauben konnen.

Diese Sicherheit wurde ihm durch die erzwungene Auswanderung
genommen. Er war dadurch einer enormen Mehrbelastung, sowohl phy-
sisch als psychisch ausgesetzt, da wir bei unseren Herumirren dur-
Europa nirgendwo sesshaft werden konnten, weil uns entweder die
Aufenthaltsgenehmigungen versagt wurden oder diese an ein Arbeit-
verbot gekoppelt waren. Wir mussten aber arbeiten und verdienen
um leben zu konnen.

Dass sich mein Mann zufaellig in England aufhielt, um Geschaefte

Ausgenommen neilverfahren, wenn nicht die Klage...

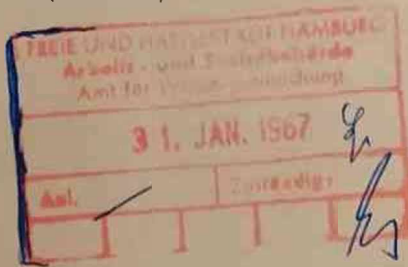
Landgericht Hamburg

Entschädigungskammer 2

Hamburg, den 26. Januar 1967

82 0 (Entsch.) 99/66

(Geschäfts-Nr.)



Öffentliche Sitzung

Gegenwärtig:

1. Landgerichtsdirektor in
Prausnitz
als Vorsitzender,

2. Landgerichtsrat
S. Gutzeit,

3. Landgerichtsrat

Ger. Assessor Müller
als Beisitzer

4. Justizangestellte
Rüschmann

als Urkundsbeamter
der Geschäftsstelle

In der Sache

Adrienne W u l k a n, geb. Weihe,
Klägerin,
Proz.Bev.: Magdalene Heijman,
Arnhem/Niederlande, Sweerts de Landasstraat
68

gegen

Freie und Hansestadt Hamburg
Arbeits- und Sozialbehörde
Amt für Wiedergutmachung
Aktenzeichen: - W 2 - 0104 03/17 -

Beklagte,

erscheinen bei Aufruf :

mit

für Kläger in Rechtsanwältin Frau M. Heijman,
für Beklagte : Dr. Erichsen.

Es wird festgestellt, daß der Bescheid vom 4. Januar 1966 (Bl. 8 d. A.) der Klägerin am 28. Januar 1966 zugestellt worden ist. Die Klage ist am 18. April 1966 rechtzeitig eingegangen.

Die K l ä g e r i n wird über das Lebensschicksal des Erblassers seit dem Jahre 1935 befragt.

Sie erklärt: Mein Mann ist 1935 zuerst nach W i e n gegangen, um zu versuchen, dort in seinem Beruf Beschäftigung zu bekommen. Ich bin dann nachgekommen. Wir waren in Wien, als Österreich von den Nationalsozialisten besetzt wurde und sind dann auf abenteuerliche Weise nach n g a r n gegangen, von dort über J u g o s l a w i e n nach I t a l i e n. In I t a l i e n haben wir uns mit vorläufigen Aufenthaltsbewilligungen etwa drei Monate in M a i l a n d aufgehalten, auch ohne berufliches Einkommen. In I t a l i e n hat mein Mann gar nicht gearbeitet, in Ö s t e r r e i c h hat er nur ganz vorübergehend gearbeitet. In Ö s t e r r e i c h hatte mein Mann zwar begonnen, sich eine Existenz aufzubauen.

Diese mußte er aber wegen der Veränderung in
Ö s t e r r e i c h in Stich lassen.

Wir sind dann nach F r a n k r e i c h gegangen, wo mein Mann ebenfalls versucht hat, durch seine geschäftlichen Beziehungen Fuß zu fassen. Wir haben aber auch dort nur vorübergehende Aufenthaltsbewilligungen und keine Arbeitserlaubnis erhalten. Wir haben in F r a n k r e i c h einige Bekannte. Wir haben in N i z z a, E i l l e und in Paris gelebt. Im Jahre 1939 sind wir dann nach H o l l a n d gekommen, wo wir erst in einem Ort in der Nähe von Den Haag gelebt haben. Von H o l l a n d aus hat mein Mann auf den Rat holländischer Geschäftsleute versucht, mit E n g l a n d feste Verbindungen anzuknüpfen. Eine dieser Geschäftsreisen war gerade im Frühjahr 1940, als die Niederlande von deutschen Truppen besetzt wurde, so daß mein Mann nicht mehr zurückkommen konnte. In H o l l a n d hat mein Mann zwar durch gelegentliche geschäftliche Raterteilungen gewisse Beträge verdient. Diese Einkünfte ließen aber nur eine ganz ärmliche Lebensführung zu und standen in gar keiner Weise im Verhältnis zu unseren Einkünften in Deutschland.

Auf Befragen erklärt die Klägerin: Ich besitze gar keine persönlichen Identitätspapiere oder Unterlagen mehr. Abgesehen davon, daß ich in H o l l a n d während der Besatzungszeit illegal unterge^{taucht} war, sind etwa noch vorhandene Papiere bei der Schlacht um Arnheim verlorengegangen.

Die Bevollmächtigte der Klägerin beantragt, festzustellen,
daß die Beklagte verpflichtet ist,
ihr wegen Schadens an Leben nach
dem am 11. März 1946 verstorbenen
Georg (George) W u l k a n
Hinterbliebenenbezüge zu gewähren,
und zwar unter Einstufung in den
höheren Dienst.

Magdalene Heyman
Arnhem / Niederlande
Sweerts de Landasstraat 68

Landgericht Hamburg
Entschädigungskammer
Eing. 1. Feb. 1967
m. 2 Abschr. 3 Anl. Akt.

K 18
10. Februar 1967

An das
Landgericht Hamburg
-Entschädigungskammer 2-
2 - H a m b u r g
Zippelhaus 5

Frei und Hansestadt Hamburg
Arbeit- und Sozialbehörde
Amt für Wiedergutmachung
Eing. 14. FEB. 1967
Anl. 1

W 56-010403/12

Zu der Entschädigungssache
Adrienne Wulkan, geb. Weiss ./.. Freie und Hansestadt Hamburg-
Arbeits- und Sozialbehörde-
Amt für Wiedergutmachung

Aktenzeich.: -WG 2 -0104 03/17

Überreiche ich in der Anlage

- 1.) die polizeiliche Meldebescheinigung für die Niederlande
- 2.) die Bescheinigung des Finanzamtes über die Veranlagung zur Einkommensteuer und
- 3.) das Gesuch an die amerikanische Militärbehörde, um Georg Wulkan die Möglichkeit zu verschaffen, mit einem Truppentransport nach Amerika zu gelangen, weil es auf Leben und Tod ging.

Ich verweise nochmals auf mein Schreiben vom 26. Mai 1966 und das Gegengutachten von Dr. Kate Maunsell, London, und möchte insbesondere noch darauf aufmerksam machen, dass es -wie in letzterem auch zum Ausdruck gebracht wurde (Seite 3, letzter Satz)- unwahrscheinlich ist, dass Herr Wulkan im Alter von 41 Jahren in Europa von der todbringenden Krankheit befallen worden wäre und wenn - dass sie unbedingt zum Exitus geführt hätte.

Ich komme daher zu dem Schluss, dass die erzungene Auswanderung, die nach langen Irrfahrten zu einem Leben in Indien mit dem für Europäer mörderischen Klima führte und die schwere psychische Belastung den vorzeitigen Tod verschuldet haben.

Selbst Dr. Dähnert stellt in seinem Gutachten (Seite 3, vorletzter Abschnitt) nicht in Abrede, dass diese die Widerstandskraft eines Menschen nicht beeinträchtigen könne; wenn er dann auch -durch den Tenor seines Gutachtens- zu einem anderen Schluss kommt und ihr in diesem Fall eine unwesentliche Bedeutung zumisst.

+ gewesen

Auch für den Fall, dass -wie er annimmt- das Herz des Herrn Wulkan vorgeschädigt sein müsste, treffen die Verfolgungsmassnahmen die alleinige Schuld an seinem Tode.

In Par. 3 Abs. 2 der II. DVO des BEG vom 26. November 1956 heisst es: "Wurde ein früheres Leiden richtunggebend verschlimmert, so gilt es in vollem Umfange als Verfolgungsschaden".

Ich wiederhole daher meinen Antrag,
das Amt für Wiedergutmachung in Hamburg zur Zahlung einer
"Schaden an Leben"-Witwenrente zu verurteilen.

Magdalene Heyman



K20

24. FEB. 1967

82 0 (Entsch.) 99/66

Landgericht Hamburg

Beschluß

In der Entschädigungssache

der ^{Frau} Adrienne W u l k a n geb. Weihs,
Bilthoven, Gallileiplein 55, Niederlande,
Klägerin,

Prozessbevollmächtigte:

Magdalene Heijman, Arnhem/Niederlande,
Sweerts de Landasstraat 68,

gegen

die Freie und Hansestadt Hamburg,
gesetzlich vertreten durch die
Arbeits-u. Sozialbehörde,

Amt für Wiedergutmachung,

Hamburg 36, Drehbahn 54,

Az.: WG 6 01 04 03/17,

Beklagte,

hat das Landgericht Hamburg,

Entschädigungskammer 2,

durch folgende Richter:

1.

Verkündet

am 23. Februar 1967,

Sc. Roschmann

Justizangestellte,
als Urkundsbeamtin
der Geschäftsstelle.

K1

1. Landgerichtsdirektorin Prausnitz,

2. Landgerichtsrat S.Gutzeit,

3. Gerichtsaussessor Müller

beschlossen:

I. Bei dem Direktor der II. Medizinischen Universitätsklinik des Universitätskrankenhauses Eppendorf, Prof. Dr. Jores und Priv. Doz. Dr. Jungmann, 2 Hamburg 20, Martinist. 52, soll unter Übersendung der Gerichtsakte und der die Klälerin sowie der ihren verstorbenen Ehemann betr. Ag- und Rentenakten der Beklagten ein Aktengutachten darüber eingeholt werden,

a) ob der Ehemann der Klälerin wahrscheinlich infolge von Körper- oder Gesundheitsschäden gestorben ist, die mit Wahrscheinlichkeit auf die erlittene nationalsozialistische Verfolgung zurückzuführen sind,

b) ob mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, dass der Tod des Ehemannes der Klälerin infolge von auf Verfolgungseinwirkungen zurückzuführenden Gesundheitsschäden wesentlich verfrüht eingetreten ist.

Als Verfolgungstatbestand ist zugrunde zu legen:

Der Ehemann der Klälerin, der jüdischer Abstammung war, wanderte im Herbst 1935 von Deutschland aus und versuchte nacheinander vergeblich in Österreich, in Italien, in Frankreich, in Holland und in England Fuß zu fassen. Im Jahre 1940 wurde er in London aus kriegsbedingten Grün-

den



-3-

den interniert, auf die Isle of Man und von dort später in ein Internierungslager nach Australien verbracht. 1941/42 kam er nach Britisch-Indien, wo er wieder als Chemiker arbeiten konnte und bis 1946 lebte. Die Internierung auf der Isle of Man, die Verbringung nach Australien und der Aufenthalt in Australien sind nicht als verfolgungsbedingt zu werten.

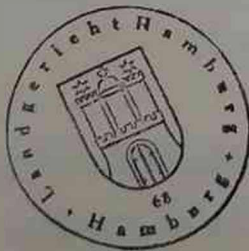
Der Wortlaut der einschlägigen Vorschriften des Entschädigungsrechts (§ 41 BEG) findet sich in einer - nur für den Sachverständigen bestimmten - Anlage zu diesem Beschluss.

II. Weitere prozessleitende Anordnungen werden nach Eingang des Gutachtens von Amts wegen ergehen.

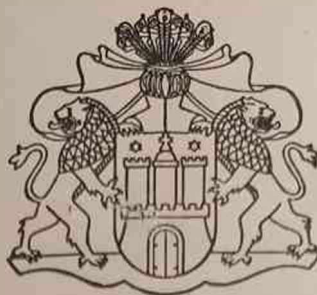
Prausnitz

S.Gutzeit

Müller



Ausgefertigt
Rich Justizangestellte
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle



Landgericht Hamburg

Urteil

Im Namen des Volkes

2. f. f. f. + M. M. M.

82 0(Entsch.) 99/66

27. Okt. 1967

Verkündet
am 26. Oktober 1967
Ziegler
Justizangestellte,
als Urkundsbeamtin
der Geschäftsstelle.

In der Entschädigungssache
der Frau Adrienne W u l k a n geb. Weihs,
Bilthoven, Gellileiplein 55, Niederlande,
Klägerin,

Prozeßbevollmächtigte:
Magdalene Heijman, Arnhem/Niederlande,
Sweerts de Landasstraat 68,

g e g e n

die Freie und Hansestadt Hamburg,
gesetzlich vertreten durch die
Arbeits- und Sozialbehörde,
Amt für Wiedergutmachung,
Hamburg 36, Irehbahn 54.

Az.: WG 6 01 04 03/17,

Beklagte,

erkennt das Landgericht Hamburg,
Entschädigungskammer 2,
durch folgende Richter:

1.

K1

1. Landgerichtsdirektorin Prausnitz,
 2. Landgerichtsrat S. Gutzeit,
 3. Gerichtsassessor Müller
- für Recht:

Die Klage wird abgewiesen.

Gerichtskosten werden nicht erhoben.

Die übrigen Kosten des Rechtsstreits
hat die Klägerin zu tragen.

T a t b e s t a n d .

Der am 19. April 1903 geborene und am 11. März 1946 verstorbene Ehemann der Klägerin, der Chemiker Georg Vulkan, der jüdischer Abstammung war, wanderte im Herbst 1935 von Deutschland aus und versuchte nacheinander vergeblich in Österreich, in Italien, in Frankreich, in Holland und in England Fuß zu fassen. Im Jahre 1940 wurde er in London aus kriegsbedingten Gründen interniert, auf die Isle of Man und dort später in ein Internierungslager nach Australien verbracht. 1941/42 kam er nach Britisch-Indien, wo er wieder als Chemiker arbeiten konnte und bis 1946 lebte.

Die Beklagte hat den Antrag der Klägerin, ihr nach den Vorschriften des DEG eine Kapitalentschädigung und eine laufende Rente wegen Schadens am Leben nach ihrem verstorbenen Ehemann zu gewähren nach Einholung eines Gut-

achtens

achtens des Facharztes für innere Krankheiten Dr.
Döhnert vom 8. Juni 1965 durch Bescheid vom ^{4. Januar} ~~Wuppertal~~ 1966,
zugestellt am 28. Januar 1966, abgelehnt. Zur Begründung hat
sie ausgeführt: Die Internierung auf der Isle of Man,
die Verbringung nach Australien sowie das Leben in Indien
seien keine Verfolgungsmaßnahmen im Sinne von §§ 1, 2 BEG
und dieser Sachverhalt müsse daher bei der Entscheidung
der Frage der Wahrscheinlichkeit des ursächlichen Zusammen-
hanges zwischen der Verfolgung einerseits und dem Tod an-
dererseits ausschließen. Die Internierungen in England und
Australien und das Leben in Indien seien auch keine
adäquate Folgen der Auswanderung und mithin der Verfolgung
gewesen. Sie hätten vielmehr ihre Ursache im Krieg und den
durch den Krieg bedingten besonderen Verhältnissen gehabt.
Darüber hinaus sei der aufgrund der Internierung eingetre-
tene Schaden an Körper oder Gesundheit, der zum Tode geführt
habe, der Verfolgung nicht eigentümlich gewesen, denn er
sei für die Verfolgung als solche nicht typisch und nicht
zwangsläufig mit ihr verbunden gewesen. Diese Zweiteröig-
nisse, wie sie die Internierungen und das Leben in Indien
darstellten, hätten Verfolgte und Nichtverfolgte in gleicher
Weise betroffen. Der Schaden sei in solchen Fällen in
einer für Verfolgte und Nichtverfolgte gleichmäßig beste-
henden Gefahrenlage begründet gewesen.

Es lasse sich nicht feststellen, daß der Ehemann
der KIMgerin wahrscheinlich an den Folgen einer Schädigung
seines Körpers oder seiner Gesundheit verstorben sei, die

mit Wahrscheinlichkeit auf gegen ihn gerichtete nationalsozialistische Verfolgungsmaßnahmen zurückgeführt werden könnte. Es lägen auch keine Anhaltspunkte dafür vor, daß der Tod aufgrund der Verfolgung vorzeitig eingetreten sei. Der Ehemann der Klägerin habe 1929/30 an einem echten rheumatischen Fieber gelitten. Offenbar sei damals die Endokarditis klinisch ausgeheilt gewesen. Dennoch müsse man davon ausgehen, daß Veränderungen an der Herzinnenhaut einschließlich der Herzklappen bestehen geblieben seien. Derartige Veränderungen seien stets für erneute rheumatische Entzündungen prädestiniert. Etwa im Jahre 1944 sei der Ehemann der Klägerin in Indien an einer Endokarditis lenta erkrankt. Inwieweit die örtlichen Verhältnisse mit dem dort für Europäer unzutraglichen Klima solche Erkrankungen begünstigten, könne unentschieden bleiben, weil diese besonderen Verhältnisse in Indien nicht als verfolgungsbedingt anzusehen seien. Es sei möglich, daß die psychische Belastung mit der Sorge um das ungewisse Schicksal der in Europa verbliebenen Familie die Widerstandskraft beeinträchtigen könne. Der Anteil der psychischen an der Gesamtbelastung sei aber nur von unessentlicher Bedeutung. Der Tod des Ehemannes der Klägerin sei mithin der letale Ausgang der etwa 1944 entstandenen Endokarditis lenta mit ihren Begleit- und Folgeerscheinungen. Ein Zusammenhang mit nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen sei somit nicht als ^{wahrscheinlich} ~~vermutlich~~ anzusehen.

Gegen diesen Bescheid wendet sich die am 18. April 1966 bei Gericht eingegangene Klags.

Die Klägerin, die ein Privatgutachten der Frau Dr. Kate Mansell vom 4. November 1966 überreicht hat, ist der Auffassung, daß die erzwungene Auswanderung ihres verstorbenen Ehemannes, die nach langen Irrfahrten zu einem Leben in Indien in dem für Europäer mörderischen Klima geführt habe, und die schwere psychische Belastung durch die Sorgen um das ungewisse und wahrscheinlich schreckliche Schicksal seiner Frau und seiner einzigen Tochter seinen vorzeitigen Tod verschuldet hätten.

Die Klägerin beantragt,

festzustellen, daß die Beklagte verpflichtet ist, ihr wegen Schadens an Leben nach dem 11. Brz 1945 verstorbenen Georg Vulkan Hinterbliebenenbesüße zu gewähren, und zwar unter Einstufung in den höheren Dienst.

Die Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen, hilfsweise, festzustellen, daß in Falle einer Verurteilung Leistungen nur nach Maßgabe des Art. 19 des Haushaltesicherungsgesetzes vom 20. Dezember 1965 erfolgen dürfen sowie die Überschneidungsvorschriften des § 141d Abs. 4 BEG zu berücksichtigen und sie gemäß § 713 Abs. 2 ZPO zu befügen.

Sie bezieht sich auf die Gründe des angefochtenen Bescheides.

Das Gericht hat ein Gutachten der Sachverständigen Prof. Dr. Jores und Dozent Dr. Freyberger vom 17. April 1967 darüber eingeholt, ob der Ehemann der Klägerin wahrscheinlich infolge von Körper- oder Gesundheitsschäden gestorben ist, die mit Wahrscheinlichkeit auf die erlittene nationalsozialistische Verfolgung zurückzuführen sind oder ob mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, daß der Tod des Ehemannes der Klägerin infolge von auf Verfolgungseinswirkungen zurückzuführenden Gesundheitsschäden wesentlich verfrüht eingetreten ist.

Die die Klägerin sowie die ihren verstorbenen Ehemann betreffende Wiedergutmachungs- und Rentenakte, der Beklagten sind Gegenstand der mündlichen Verhandlung gewesen.

Ergänzend wird auf den Inhalt der Akte und der Beilagen bezug genommen.

Entscheidungsgründe.

Die Klage ist zulässig, aber nicht begründet.

Der Klägerin kann die beantragte Kapitalentschädigung wegen Schadens an Leben sowie die Witwenrente nach ihrem verstorbenen Ehemann nicht gewährt werden, weil sich nicht feststellen läßt, dass ihr Ehemann infolge von Körper- oder Gesundheitsschäden gestorben ist, die mit Wahrscheinlichkeit auf die nationalsozialistische Verfolgung zurückzuführen sind oder dass der Tod aus diesen Gründen wesentlich

wesentlich verfrüht eingetreten ist (§§ 41, 16 Zf.BMG).

Das Gericht ist aufgrund der vorliegenden Gutachten zu der Überzeugung gelangt, daß ein Zusammenhang zwischen dem Leiden des verstorbenen Ehemannes der Klägerin das zu seinem Tode geführt hat und der nationalsozialistischen Verfolgung nicht wahrscheinlich ist. Der Ehemann der Klägerin hat seit Ende 1944 an einer subakuten bakteriellen Endokarditis gelitten und ist im 43.Lebensjahr an einer Herzschwäche verstorben. Er hat nach dem vorliegenden Auszug aus der ~~www.vv.vv.vv.vv.vv~~ Krankengeschichte des New Yorker Hospitals selbst angegeben, dass er in seinem 26.Lebensjahr (1928/29) an einem rheumatischen Fieber erkrankt gewesen ist. Nach den Erfahrungen der medizinischen Wissenschaft ist davon auszugehen, dass vor dieser Erkrankung eine Entzündung der Rachenmandeln bzw. der Rachenschleimhaut oder irgend einer anderen Streptokokkeninfektion bestanden hat. Weiter ist anzunehmen, daß das rheumatische Fieber zwar ausgeheilt gewesen ist, daß aber Veränderungen an der Herzinnenhaut einschliesslich der Herzklappen bestehen geblieben sind. Wenn solche Veränderungen vorliegen und es von anderen Krankheitsherden her zur Einschwemmung von Keimen kommt, können sich diese an den veränderten Herzklappen festsetzen und zur bakteriellen Endokarditis führen.

Diese bakterielle Endokarditis ist nach dem überzeugenden Gutachten der Sachverständigen Prof. Dr.Jores und Dozent Dr.Freyberger durch die gegen den verstorbenen

verstorbenen Ehemann der Klägerin gerichtete Verfolgung weder verursacht im Sinne der Entstehung noch wesentlich mitverursacht noch in einem nicht unerheblichen Grade verschlimmert worden. Da rheumatische Erkrankungen, einschließlich der rheumatischen Herzfolgezustände, nach den Ergebnissen der medizinischen Forschungen in den Tropen seltener als in den nördlichen Regionen vorkommen, können klimatische Einflüsse für die Entstehung und den Verlauf der bakteriellen Endokarditis des verstorbenen Ehemannes der Klägerin nicht verantwortlich gemacht werden. Daß psychische Faktoren für dieses Leiden von wesentlicher Bedeutung gewesen sind, kann nach den Erfahrungen der medizinischen Wissenschaft ebenfalls nicht angenommen werden. Ein Kausalzusammenhang zwischen soziologischen Faktoren und der bakteriellen Endokarditis ^{ist} nach dem überzeugenden Gutachten der Sachverständigen Prof. Dr. Jores und Dr. Freyberger zwar möglich, aber nicht wahrscheinlich, was nur dann angenommen werden kann, wenn mehr für als gegen den ursächlichen Zusammenhang spricht (vgl. Blesse-Giessler, Komm. zum BGB, 49. Aufl. IV 2a zu § 28). Es läßt sich schließlich nach den vorhandenen Unterlagen auch nicht die Feststellung rechtfertigen, daß der Tod des Ehemannes der Klägerin deshalb wesentlich verfrüht eingetreten ist, weil er während seines Aufenthaltes in Indien therapeutisch nicht so optimal versorgt werden konnte, wie es damals in Europa oder Amerika der Fall gewesen wäre. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die therapeutischen

therapeutischen Möglichkeiten 1944/46 in Deutschland auch nicht jede Behandlung zugelassen haben. Im übrigen ist die Behandlung in Indien nach dem Attest des letzten behandelnden Arztes in New York, Dr. Loewe, vom 28. März 1946, im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten gut gewählt worden.

Da das Gutachten der Sachverständigen Prof. Dr. Jores und Dr. Kreyberger, die zu dem gleichen Ergebnis gelangt sind wie der Sachverständige Dr. Döhnert, die Kammer überzeugt hat, hat keine Veranlassung bestanden, ein weiteres fachärztliches Gutachten einzuholen. Hierzu besteht auch unter Berücksichtigung des Privatgutachtens der Frau Dr. Maunsell vom 4. November 1966 kein Anlass, ^{weil} ~~da~~ Frau Dr. Maunsell in ihrem Gutachten entgegen den eigenen Angaben des verstorbenen Ehemannes der Klägerin in der Krankengeschichte des New Yorker Hospitals davon ausgegangen ist, daß es sich bei der subakuten bakteriellen Endokarditis, an der er 1944 erkrankt ist, um eine primäre Erkrankung gehandelt hat.

Die Klage ist somit mit der Kostenfolge aus den §§ 209 Abs. 1, 225 Abs. 1 BEG, 91 ZPO abzuweisen.

Praagnitz

S. Gutschelt

Müller



ausgefertigt
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Dr. jur. WERNER APPEL
RECHTSANWALT
am Hanseatischen Oberlandesgericht
am Landgericht und Amtsgericht in Hamburg

2 HAMBURG 11, den 19. Februar 1968
Ost-West-Straße 65
Telefon 36 48 68 / 69 - 36 48 60
- / He.

An das
Hanseatische Oberlandesgericht
Hamburg



- Az.: I. Instanz: 82 0 (Entsch.)
99/66 -

26.2.68

Berufungsbegründung
In der Sache

der Frau Adrienne W u l k a n geb. Weihs,
Bilthoven, Gallileiplein 55, Niederlande,

Berufungsklägerin,

Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Werner Appel,
Hamburg 11, Ost-West-Str. 65,

g e g e n

die Freie und Hansestadt Hamburg, gesetzl. vertr. d. die
Arbeits- und Sozialbehörde, Amt für Wiedergutmachung,
Hamburg 36, Drehbahn 54, Az.: WG 6 01 04 03/17,

Berufungsbeklagte,

begründe ich die mit Schriftsatz vom 23. Januar 1968 ein-
gelegte Berufung wie folgt.

Begründung:

Das Landgericht ist in der angefochtenen Entscheidung
Bankkonto: Hamburgische Landesbank, Konto Nr. 193 250 · Postscheckkonto: Hamburg 2474 43

57

zu Unrecht davon ausgegangen, daß die Gesundheitsschäden und der Tod des Ehemannes der Klägerin nicht mit Wahrscheinlichkeit auf nationalsozialistische Verfolgung zurückzuführen seien und der Tod des Ehemannes der Klägerin auch nicht nachweislich aus diesen Gründen wesentlich verfrüht eingetreten sei.

Das Landgericht hat seine Entscheidung damit begründet, daß der Ehemann der Klägerin nach dem vorliegenden Auszug aus der Krankengeschichte des New Yorker Hospitals selbst angegeben habe, daß er im 26 Lebensjahr an einem rheumatischen Fieber erkrankt sei. Dazu ist zu bemerken, daß die Klägerin in dieser Zeit, als ihr Ehemann 26 Jahre alt war, bereits mit ihm verlobt war und von dieser Erkrankung niemals irgendetwas gehört hat. Es wäre aber außerordentlich unwahrscheinlich, daß der Klägerin von dieser Erkrankung ihres Ehemannes keine Kenntnis gegeben worden wäre, da sie mit ihrem verstorbenen Ehemann laufend zusammen gewesen war. Die Ansicht, daß eine derartige rheumatische Fiebererkrankung bereits vorher vorgelegen habe, stützt das Landgericht auf die Äußerungen im Gutachten des Herrn Professor Dr. Jores, der sich in seinem Gutachten wiederum auf die Krankengeschichte stützt. Hierbei ist allerdings zu beachten, daß die Krankengeschichte in diesen wesentlichen Punkten wohl von wichtigen Voraussetzungen ausgeht. In dem Aktenauszug des New Yorker Krankenhauses hieß es, daß der Verstorbene im Alter von 26 Jahren eine rheumatische Arthritis und Kartitis gehabt habe. Dazu ist zu bemerken, daß Herr Vulkan mit einer Aphasie in Brooklyn eingeliefert wurde. Nach ärztlichen Feststellungen ist dieser Zustand der Aphasie ein derartiger Krankheitsfall durch den dem Patienten die Sprache so stark behindert ist, daß ein Sprechen ihm üblicherweise kaum möglich ist. Da der Kranke gewöhnlich in solchen Fällen auch geistig gestört und durch Medikamente, wie Schlafmittel und durch einen Schlaganfall ihm auch im allgemeinen kaum mehr als nur kurze Antworten, nämlich ja oder nein zuzumuten sind, ist eine derartige Krankengeschichte im allgemeinen

22
11-
8-

sehr schwer aufzunehmen und mit großer Vorsicht zu bewerten.

B e w e i s : Gutachten des Sachverständigen

Diese Feststellungen sind von besonderer Bedeutung, da nach der festen Überzeugung der Klägerin die Angaben des Krankenhauses in New York nicht zutreffend sind und es bei dem Zustand des Patienten bei der Einlieferung es durchaus als wahrscheinlich anzusehen ist, daß die dort aufgenommenen Angaben nicht von dem Verstorbenen gemacht sein können oder durch eine mißverständliche Ausdrucksweise diese Angaben ermöglicht worden sind. Wesentlich sind diese Feststellungen darum, weil nach dem Gutachten des Herrn Professor Jores diese Angaben die einzige Stütze für die These sind, daß Herr Wulkan vor seiner Auswanderung bereits krank gewesen sei. Eine Annahme, die nach der Überzeugung der Klägerin nicht zutrifft. Der Klägerin ist auch von anderen die Herrn Wulkan gekannt haben, niemals etwas von einer derartigen Erkrankung gesagt worden. Dritte, die Herrn Wulkan in der fraglichen Zeit, nämlich 1929/1930 gekannt haben, können bestätigen, daß der Verstorbene zu jener Zeit nicht krank war.

B e w e i s : Zeugnis des X und Y , deren Namen und Anschrift nachgereicht werden

Wegen der Informationsschwierigkeiten - die Klägerin befindet sich im Ausland, und zwar zur Zeit nicht in ihrem jetzigen Heimatland - sind die Ermittlungen besonders erschwert.

Zu dem Gutachten des Sachverständigen Professor Dr. Jores ist weiter anzumerken, daß die Angaben über den Aufenthalt des Herrn Wulkan im Krankenhaus in New York unzutreffend sind. Herr Wulkan hat sich bis zu seinem Tode nur eine

einzigste Woche im Krankenhaus befunden. Nach dem Gutachten waren dieses jedoch neun Monate, was keinesfalls richtig gewesen ist. Auch insofern ist eine Überprüfung des Gutachtens unbedingt erforderlich. Gegen diese vom Landgericht übernommenen Feststellungen sprechen die Angaben des Arztes Dr. Imbermann, der jedenfalls für die Jahre 1936 - 1938 einen guten körperlichen Zustand festgestellt hat. Hinzuweisen ist auf die Tatsache, daß die Erkrankung des Herrn Vulkan entgegen der Annahme in dem Gutachten erst nach der Vertreibung entstandenen ist und nach Überzeugung der Klägerin die Krankengeschichte des New Yorker Hospitals nach aller Wahrscheinlichkeit nicht aufgrund der Angaben des Herrn Vulkan beruhen kann, da dieser bereits als Sterbender in das Krankenhaus eingeliefert wurde und nach der Art der Erkrankung höchstwahrscheinlich nicht mehr in der Lage gewesen war, einzelnen Angaben zu seiner Lebensgeschichte zu machen. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß ihm nahestehende Personen nicht bestätigen können, daß Herr Vulkan eine derartige Erkrankung gehabt hatte. Nach Auffassung des Unterzeichnenden ist daher gerade weil gegenüber der Krankengeschichte des New Yorker Hospitals Vorbehalte zu machen sind, den Angaben Dritter, die über den Zustand aus früherer Zeit Angaben machen können, mehr Beweiswert zuzumessen, als diesen nur sehr dürftigen Angaben in der Krankengeschichte des vorgenannten Krankenhauses. Da Herr Vulkan sich nicht längere Zeit vorher in ärztlicher Behandlung in New York befunden hatte und frühere ärztliche Feststellungen die Behauptung des New Yorker Hospitals nicht bestätigen, erscheint es notwendig, diesen Punkte der angeblichen Erkrankung im 26. Lebensjahr etwas genauer zu durchleuchten.

Auch nach dem Gutachten des ärztlichen Sachverständigen ist davon auszugehen, daß Herr Vulkan während seiner Aufenthaltes in Indien ärztlich nicht so versorgt werden konnte, wie es in der Zeit in Europa der Fall gewesen wäre.

Ferner erscheint beachtlich, daß Herr Wulken auch erst sehr spät in ärztliche Behandlung gekommen ist. Die Klägerin ist daher der Ansicht, daß die Krankheit und ihr Verlauf davon abhängig waren, daß Herr Wulken wegen der nationalsozialistischen Verfolgung in der Zeit des 3. Reiches in Europa dieses Land verlassen mußte und darum sich in Indien Verhältnissen ausgesetzt hat, die zur Erkrankung geführt haben. Die Richtigkeit dieser Annahme kann nicht als durch das eingeholte Gutachten widerlegt angesehen werden. Immerhin räumt der Gutachter selbst ein, daß die ärztliche Versorgung in Indien besonders ungünstig gewesen ist. Die Klägerin ist jedoch der Meinung, daß die Feststellungen im Gutachten und auch in dem angefochtenen Urteil, daß die klimatischen und soziologischen Feststellungen als mitdeterminierend nicht in Betracht kommen, kaum überzeugen können. Das Gutachten räumt ein, daß die späte ärztliche Versorgung den Aspekt ergeben könnte, daß der ungünstige Verlauf der Krankheit als verfolgungsbedingt unter Umständen angesehen werden könne. Die Wahrscheinlichkeit wird in dem Gutachten jedoch mit der Begründung verneint, daß die Zeit in Indien und die daraus resultierenden nachteiligen Konsequenzen nicht den Verfolgungsdruck zu subsumieren seien. Insoweit enthält das Gutachten eine Rechtsauslegung. Der Gutachter hat sich damit dahin eingelassen, daß der Aufenthalt des Verstorbenen in Indien nicht auf die Verfolgung zurückgeführt werden könne. Die Verfolgung ist jedoch rechtlich nicht haltbar. Zuerst soll hier nicht die Ansicht vertreten werden, daß jede Art von Erkrankung nach einer Verfolgung mit dem Verfolgungsdruck in Verbindung gebracht werden kann. Dennoch erscheint in dem vorliegenden Falle eine Verbindung der Tatsache der Erkrankung und dem Verlaufs der Erkrankung mit den Verfolgungsmaßnahmen im Sinne des Gesetzes als wahrscheinlich. Der Gutachter hat sich mit diese Fragen darum nicht näher auseinandergesetzt, weil er diese Erwägungen meinte aufgrund der Krankengeschichte des New Yorker Krankenhauses abkürzen zu können, was

allerdings verständlich ist. Wenn jedoch diese Prämisse sich, was oben ausgeführt worden ist, als nicht haltbar erweist, weil die Angaben in der Krankengeschichte nicht zutreffend sind, dann ist allerdings doch davon auszugehen, daß auch der in der 1. Instanz angesprochene Gutachter zu einem anderem Ergebnis kommen würde.

Die Vertreibung des verstorbenen Herrn Wulkan und der Aufenthalt in Indien stehen nach diesseitiger Überzeugung in einem unmittelbaren Zusammenhang, was damit zu erklären ist, daß Herrn Wulkan der weitere Aufenthalt in den Niederlanden nicht mehr zumutbar erschien, worüber keine weiteren Ausführungen gemacht zu werden brauchen. Ein Aufenthalt in Europa kam für Herrn Wulkan angesichts der politischen Verhältnisse für die weitere Dauer nicht in Betracht, was sich aus der Entwicklung des Krieges dann auch als richtig bestätigte. Nach Auffassung der Klägerin ist damit der Aufenthalt des Herrn Wulkan in Indien allerdings eine Folge der Vertreibung bzw. der drohenden Verfolgungsmaßnahmen. Die Feststellungen einer schlechten Ärztlichen Versorgung und nicht sofortigen Feststellung der Schwere der Erkrankung des Herrn Wulkan sind nach diesseitiger Überzeugung ebenfalls im Zusammenhang mit der Flucht zu bringen. Die Ausführungen des erstinstanzlichen Gerichtes, daß zu jener Zeit auch in Europa eine Ärztliche Versorgung nicht in vollem Umfang hätte garantiert werden können, stehen diesen Überlegungen nicht entgegen, denn höchstwahrscheinlich würde eine derartige Erkrankung in den Jahren 1944-1946 in Deutschland doch durch eine ausreichende Behandlung eingedämmt werden können. Entscheidend ist nach Überzeugung der Klägerin die Tatsache, daß Herr Wulkan sich durch die Vertreibung ins Ausland begeben mußte und für ihn der Aufenthalt in Indien in Betracht kam, wo nach Ansicht der Klägerin die Erkrankung aufgetreten ist, jedenfalls aber eine therapeutische Maßnahme nicht in dem Maße möglich war, wie sie bei einem Aufenthalt in Europa, also unter Wegdenken der Verfolgungsmaßnahmen möglich gewesen wäre. Es ist

naheliegend und nach Auffassung der Klägerin wahrscheinlich, daß durch diese Tatsache der vorzeitige Tod eingetreten ist.

B e w e i s : Einholung eines Obergutachtens

Es kann dem Landgericht nicht darin gefolgt werden, daß die Einholung eines weiteren fachärztlichen Gutachtens überflüssig gewesen sei, weil das Privatgutachten von Frau Dr. Maunsell die Krankengeschichte des New Yorker Krankenhauses nicht berücksichtigt habe. Es ist eingangs darauf hingewiesen worden, daß diese Krankengeschichte, die praktisch die Grundlage für die Gutachten des Herrn Dr. Dähnert und des Herrn Professor Jores gewesen sind, in wesentlichen Punkten unrichtig waren. Für die Unrichtigkeit dieser Krankengeschichte sind Beweise angeboten und in diesem Schriftsatz Ausführungen gemacht worden. Wenn jedoch mit Grund die Richtigkeit dieser Angaben in der Krankengeschichte zu bezweifeln sind, ist auch das Resultat der Überlegungen der Gutachter, daß es sich bei der Indokarditis um eine sekundär Erkrankung gehandelt habe, nicht als richtig anzuerkennen. Wenn es sich entsprechend dem Gutachten von Frau Dr. Maunsell um eine primäre Erkrankung gehandelt hat, deren Behandlung in Indien in der angemessenen Form nicht möglich war, so muß nach diesseitiger Überzeugung daraus der Schluß gezogen werden, daß entsprechend den Vorschriften des Bundesentschädigungsgesetzes die Verfolgungsmaßnahmen kausal für diesen frühen Tod des Herrn Vulkan gewesen sind.

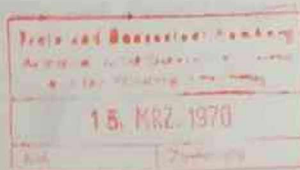
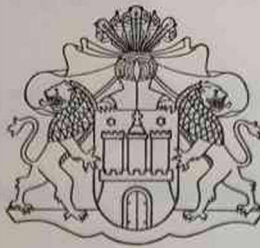
Aus diesem Grunde ist das angefochtene Urteil des Landgerichtes aufzuheben und dem Klagantrag zu entsprechen. Nach Auffassung der Klägerin ist von den in der I. Instanz eingeschalteten Gutachtern nicht in richtiger Weise berücksichtigt worden, daß der Verstorbene wegen der Besetzung Österreichs durch die Nationalsozialisten der Verstorbene in abenteuerlicher Weise in der Welt umhergeirrt ist, obwohl

er doch einen ordentlichen Beruf erlernt hatte. Die Tatsache der besonderen seelischen Belastung und die dadurch beeinträchtigte Widerstandskraft sind von dem Landgericht nicht zutreffend gewürdigt worden. Das Landgericht hat außer acht gelassen, daß Herr Wulken wegen der Verfolgungsmaßnahmen Holland verlassen hat und es daher auch adäquat-kausal war, wenn er sodann in Internierungslager gekommen ist, die zu dem Aufenthalt in Indien führten, was die Erkrankung zumindestens begünstigte und den Tod schließlich herbeiführte. Für die Frage der Kausalität kommt es darauf an, daß diese Entwicklung durch die Vertreibungsmaßnahmen ermöglicht wurde, was nach richtiger Ansicht angenommen werden muß.

gez. Dr. Appel
Rechtsanwalt

Für richtige Abschrift

W. W.
Rechtsanwalt



HANSEATISCHES OBERLANDESGERICHT

9 U (Entsch) 10/68
82 Ø (Entsch) 99/66

B e s c h l u ß In dem Rechtsstreit

der Frau Adrienne W u l k a n
geb. Weihs,
Bilthoven, Gallileiplein 55, Niederlande,

Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt
Dr. Werner Appel in Hamburg 11,

Verkündet
am 25. Februar 1970
Geide, JAng.
als Urkundsbeamtin
der Geschäftsstelle

Klägerin,
Berufungsklägerin,

gegen

die Freie und Hansestadt Hamburg,
gesetzlich vertreten durch die
Arbeits- und Sozialbehörde,
Amt für Wiedergutmachung,
Hamburg 36, Drehbahn 54,
Az.: WG 6 0104 03 - 17 -.

Beklagte,
Berufungsbeklagte,

hat das Hanseatische Oberlandesgericht zu Hamburg, 9. Zivil-
senat, durch die Richter

Senatspräsident	Dr. Gundlach,
Oberlandesgerichtsrat	Dr. Puttfarken,
Oberlandesgerichtsrat	Geisler

beschlossen:

1a) Der Senat schlägt den Parteien vor, den Rechts-
streit durch folgenden V e r g l e i c h zu beenden:

Die Beklagte zahlt an die Klägerin zur Erledigung des Rechtsstreits DM 30.000.--.

Kosten werden nicht erstattet. 0

b) Bei diesem Vorschlag geht der Senat von folgenden Erwägungen aus:

Der Aufenthalt von Georg Wulkan in Indien dürfte als verfolgungsbedingt anzusehen sein, weil er nach seiner Auswanderung aus Deutschland noch keine neue Heimat und keinen festen und dauernden Arbeitsplatz gefunden hatte. Die Frage, ob die Internierung Georg Wulkans in England und Australien zum Verfolgungsschicksal zu rechnen ist, ist unerheblich. Sie ist für die Entscheidung ohne Bedeutung.

Sicher ist, daß Georg Wulkan 1944 an einer Endocarditis erkrankt und daran 1946 gestorben ist. Die Frage, ob ein Zusammenhang zwischen dem Verfolgungsschicksal Georg Wulkan, nämlich seinem verfolgungsbedingten Aufenthalt in Indien und der Endocarditis, als wahrscheinlich angenommen werden kann, ist auch nach der letzten Stellungnahme von Prof. Dr. Mohr vom 6. Januar 1970 schwer zu entscheiden. Die Entscheidung ist noch offen. Der Senat ist sich auch noch nicht darüber schlüssig, ob es erforderlich ist, vor der Entscheidung noch weitere Beweise zu erheben. Es handelt sich um einen Grenzfall, der möglicherweise auch nach weiteren Ermittlungen ein Grenzfall bleibt.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß der Vortrag der Klägerin darüber, daß sie keine eigenen Einnahmen hat und auch nicht in der Lage ist, einem Erwerb nachzugehen, (s. dazu Schriftsatz vom 7. Januar 1970 Seite 4 /154/) bislang nicht ausreicht.

Für die Zeit seit dem 1. Januar 1960 erhält die Klägerin die Rente gemäß § 86 Abs. 4 BEG (s. Wg.-Akten Erben-gemeinschaft Georg Wulkan 1904 03, Bl. 95).

Der Senat hält es für angemessen, daß die Beklagte der Klägerin eine einmalige Abfindung zahlt, und zwar etwa den Betrag, den sie der Klägerin als Entschädigung für die Zeit vom 1. April 1946 bis zum 31. Dezember 1959 gemäß § 19 BEG zu zahlen haben würde. Das sind, Irrtum vorbehalten, DM 29.340.--. Die leichte Aufrundung dieser Summe, und die Zweifel, die in der Sache liegen, lassen es gerechtfertigt erscheinen, eine Kostenersatzung nicht vorzuschlagen.

2.) Den Parteien wird aufgegeben, binnen 6 Wochen zu diesem Vergleichsvorschlag Stellung zu nehmen.

3.) Weitere prozeßleitende Anordnungen sollen nach Ablauf der Frist zu Ziffer 2 ergehen.

Gundlach

Puttfarcken

Geisler



Für richtiges Anerkennen
Justizsekretär
Hamburg

Hanseatisches Oberlandesgericht

132

9 U (Entsch) 10/68
82 O (Entsch) 99/66

Hamburg, den 15. April 1970

Öffentliche Sitzung In der Entschädigungssache

Gegenwärtig:

Senatspräsident
Dr. Gundlach
als Vorsitzender,
Oberlandesgerichtsrat
Dr. Puttfarcken,
Oberlandesgerichtsrat
Geisler
als Beisitzer,
Justizangestellte
Geide
als Urkundsbeamtin
der Geschäftsstelle.

der Frau
Adrienne W u l k a n geb. Weihs,
Bilthoven, Gallileiplein 55,
Niederlande,

Klägerin,
Berufungsklägerin,

Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt
Dr. Werner Appel in Hamburg 11,

g e g e n

die Freie und Hansestadt Hamburg,
gesetzlich vertreten durch die
Arbeits- und Sozialbehörde,
Amt für Wiedergutmachung,
Hamburg 22, Adolph-Schönfelder-
Straße 5,

Beklagte,
Berufungsbeklagte,

erscheinen bei Aufruf

- 1.) für die Klägerin
Rechtsanwalt Dr. Werner Appel,
- 2.) für die Beklagte
der wissensch. Angest. Dr. Eriksen.

Die Parteien schließen zur Erledigung dieses Rechts-
streits den folgenden, in der Anlage in Kursive aufge-
nommenen

- 2 -

Vergleich:

not. off. *HK*
22. 4. 70

Die Beklagte zahlt an die Klägerin 30.000,-- DM.

Kosten werden nicht erstattet.

Der Vergleich wird aus der Kurzschrift-
anlage vorgelesen und von den Parteien
genehmigt.

Zugleich für die Richtigkeit
der Übertragung aus dem
Stenogramm:

Gundlach

Geide



Ausgefertigt
W. Mann
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

Juszuoberssekretär

EO 7010

Freie und Hansestadt Hamburg
Sozialbehörde
Amt für Wiedergutmachung

E
32 ✓

Wiedergutmachungsakte — Renten —

für **Wulkan, Adrienne**
(Familien- und Rufname)

KLAGEKASSE

Anschrift: Blatt 21 R-akte

Vollmacht: Blatt 31 Wg-akte

Hinweise auf Akten	auch von Familienangehörigen
Wg. Akte	01.04.03
Akte von Familienangehörigen	
R 20 04 35 Wulkan, Marieke	
Wg 20 04 35 Wulkan, Marieke	

Referat:	18	17		
----------	----	----	--	--

Wg + R. 140403 Georg Wulkan

R 104 03 Wk